Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, März/April 2020 *70. Jahrgang, Nr. 809/810*

Die Pandemie schlägt erbarmungslos zu und macht alles zunichte

Nun muss auch die VOS ihre Generalversammlung und die Jubiläumsfeier vertagen

Liebe Kameradinnen,
liebe Kameraden,
sehr geehrte Damen und Herren,

die vorgesehene Festveranstaltung der VOS in Verbindung mit dem Jubiläum 30 Jahre Deutsche Einheit sowie die 32. Generalversammlung der VOS, die vom 22. bis zum 24. April 2020 in Berlin stattfinden sollte, wird hiermit abgesagt.

Die Generalversammlung wird gemäß der vorläufigen Planung auf den Herbst 2020 verschoben.

Aufgrund der Corona-Pandemie haben wir uns zu diesem Schritt entschlossen. Dies geschieht unter anderem, um die Teilnehmer*innen an dieser Veranstaltung, die nicht nur aus ganz Deutschland kommen zu entlasten und auch um jene, die sich schon in einem fortgeschrittenen Alter befinden, nicht zu gefährden. Alles andere wäre vorerst nicht verantwortbar.

Bereits am Morgen des 9. März haben wir, der Bundesvorstand und der Bundesgeschäftsführer, uns entschieden, die Festveranstaltung zum ursprünglich geplanten Zeitpunkt nicht durchzuführen, da wegen der Schwierigkeit, eine passende Räumlichkeit zu buchen, ein weiterer Grund hinzugekommen war. Etwa drei Wochen zuvor wurde der Bundesgeschäftsstelle mitgeteilt, dass die eigentlich für die Festveranstaltung vorgesehene Örtlichkeit nicht genutzt werden kann, da sich die derzeit dort laufenden Bauarbeiten um zwei Monate verzögern würden.

Davon abgesehen habe ich insgesamt unter anderem mit elf Vertretungen der Bundesländer in Berlin, mit dem Abgeordnetenhaus, dem Martin-Gropius-Bau, dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (liegt in der Nähe des für die Unterbringung der Delegierten ausgewählten Hotels), im Haus des Deutschen Handwerks und weiteren Adressen Kontakt aufgenommen, um einen Raum für unsere Generalversammlung buchen zu können. Leider hatte keine der angefragten Instanzen für den 23. April 2020 freie Kapazitäten für eine Veranstaltung mit ca. 100 Leuten, wie wir sie benötigen.

Wegen der Ausbreitung des Corona-Virus überschlugen sich im März auch die Meldungen von weiteren grundsätzlichen Absagen, Verboten und Vorsichtsmaßnahmen. So untersagte das Bundesland Sachsen-Anhalt bis auf Weiteres sämtliche Dienstreisen. Hiesige aktuelle Veranstaltung wurden zwischenzeitlich ebenfalls abgesagt. Zuletzt hatte ich Verbindung mit der Bundesstiftung Aufarbeitung, die mir in der Person von Herrn Markus Pieper auf meine Anfrage Folgendes mitteilte:

Lieber Herr Diederich,
wie sich gestern bereits andeutete, haben wir heute entschieden, wegen der Corona-Epidemie alle öffentlichen Veranstaltungen bis Ende April vorsorglich abzusagen. Das betrifft auch Veranstaltungen Dritter in unseren Räumen. Aus diesem Grund können wir Ihnen unseren Veranstaltungssaal leider nicht zur Verfügung stellen. Wenn Sie die Veranstaltung verschieben und zu einem späteren Zeitpunkt nachholen möchten, können Sie gerne unsere Räume nutzen, soweit Kapazitäten frei sind. Zum jetzigen Zeitpunkt ist dies leider nicht möglich.

Aufgrund der aktuellen Situation ändern wir nun auch das Eingangsdatum für die Wahlprotokolle der Hauptversammlungen auf den
31. August 2020.
Mit kameradschaftlichen Grüßen
im Auftrag des Bundesvorstandes
Hugo Diederich

Natürlich war mit der Verschiebung des Termins zu rechnen gewesen. Dennoch trifft uns die Entscheidung sehr hart.

Die Generalversammlung wäre gerade zum jetzigen Zeitpunkt wichtig gewesen wie auch die Feier zum 70-jährigen Bestehen, ein Meilenstein in der Geschichte der VOS.

Die Freiheitsglocke wird die Mitglieder der VOS auf dem Laufenden halten, wie es im Verband weitergeht. Der Schutz der Gesundheit unserer Kameradinnen und Kameraden hat eindeutig Vorrang. *ARK*

Liebe Kameradinnen und Kameraden, ich hoffe, für Sie bzw. euch hat das Leben in der gegenwärtigen Situation nicht zu sehr an Qualität verloren und wir bleiben trotz unseres zweifellos vorgerückten Alters zuversichtlich, aufgeschlossen und allesamt gesund.

Vor zwei Monaten, als ich die vorige Fg auf den Weg brachte, habe ich (und nicht nur ich) nicht geglaubt, dass wir als ganze Nation, als Europäer, vielleicht als gesamte Menschheit in eine derartige Krise geraten könnten. Nun jedoch haben sich innerhalb weniger Tage für uns alle Umstände ergeben, auf die wir nicht gefasst waren und mit denen wir dennoch leben, weiterleben, müssen und wollen. Wir als ehemalige Häftling und Verfolgte haben zwar Erfahrungen mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einschränkungen und Widrigkeiten, aber das, was wir in der DDR hinnehmen mussten, war eine von Menschen bewusst herbeigeführte Diktatur gegen andere Menschen. Das Corona-Virus ist ebenfalls ein Feind der Menschen, aber es wurde nicht vorsätzlich unter die Völker gebracht und es wird im Unterschied zum Sozialismus nicht von wenigen Menschen gegen große Mehrheiten missbraucht. Fertigwerden müssen wir dennoch damit, und dabei kann uns unsere DDR-Erfahrung durchaus helfen. Haben wir nicht gelernt, mit Engpässen von Konsumgütern (und wahrlich nicht nur Toilettenpapier) umzugehen? Waren wir nicht solidarisch, wenn es gegen Unrecht und für Meinungsfreiheit ging? Beweisen wir nicht heutzutage im Ringen um bessere Entschädigungen bis heute unser Zusammengehörigkeitsgefühl, und sind wir nicht alle bestrebt, über das überwundene Unrecht stalinistischer Zeiten aufzuklären? Und was die derzeit verordneten Ausgangs- und Kontakteinschränkungen betrifft, verweise ich schlicht auf die Haftbedingungen des MfS, wo es bei monatelanger Isolation nicht mal einen Blick aus dem Fenster gab. Wichtig ist, dass wir uns in den Zeiten der aktuellen Gefahr an die Vorschriften halten und im Rahmen der Möglichkeiten etwas für die Gesundheit tun. Niemand sollte sich zudem scheuen, Hilfsangebote, die mittlerweile in jeder Kommune bestehen, anzunehmen. Und sei es der Einkaufsdienst oder ein Telefonat mit dem Hausarzt. Was die VOS angeht, sind wir keineswegs im Ruhemodus. Man sieht: Die Freiheitsglocke erscheint unbeirrt. Man hat jetzt mehr Zeit, sie zu lesen, sie weiterzugeben oder ein zweites Exemplar zum Verschenken zu bestellen.

Auf ein Wort des Redakteurs

Leider fallen nun Generalversammlung und Jubiläumsfeier aus bzw. werden verschoben. Wir haben daher weiterhin keinen Ersten Bundesvorsitzenden, aber eine anerkannte Stellvertreterin und einen fleißigen Bundesgeschäftsführer. Was unser weiteres Wirken angeht, benutze ich gern ein Zitat, das sich seitens der damaligen Urheberin und des damit verbundenen Vorhabens nicht ganz erfüllt hat: *Wir schaffen das.* Allerdings sollten wir uns im Klaren darüber sein, dass die folgende Zeit, in der wir irgendwann in einen Modus der Normalität – wie er auch aussehen mag – zurückkehren werden, für uns nicht leichter werden.

Seit dem Einbruch in das Corona-Tief sind alle bisher als hoch dramatisch eingestuften Themen und Konflikte in der medialen Versenkung verschwunden. Kein Wort mehr zu einer drohenden Klima-Katastrophe oder zu den Baumhäusern im Forst von Garzweiler, keine Silbe über den keineswegs ausgestandenen Streit zur Wahl des Ministerpräsidenten von Thüringen oder die Verabschiedung des nächsten, offenbar strittigen EU-Finanzhaushaltes, auch nicht zur (weiter steigenden) Umweltsteuer oder zum Dieselfahrverbot, nicht mal die besorgniserregenden Bilder des Flüchtlingsdramas an der türkisch- griechischen Grenze werden gezeigt. Kein Syrien-Krieg, kein Putin, der an möglichst vielen Kriegsschauplätzen tonnenweise Sprengstoff in die Feuer wirft. Stattdessen trat tatsächlich Frau Merkel wieder vor die Nation und äußerte sich ernsthaft und besorgt zu den Problemen und Sorgen der Landeskinder. Wann hatten wir das zuletzt?

Wir als SED- und Haftopfer sind in Anbetracht der Pandemie und deren Folgen mit unseren Ansprüchen und Mahnungen allerdings ein weiteres Stück in den Hintergrund gerückt. Da wir fast durchweg Rentner*innen und vielfach auch durch Krankheiten vorbelastet sind, gehören wir im Sinne der Corona-Gefahr zu einer Risiko-Gruppe, für die schon über speziell isolierende Quarantäne- Maßnahmen diskutiert wurde. Was wird demnach mit uns geschehen? Werden wir – wie einst in der DDR – weggesperrt? Nun, ganz sicher wird man uns nicht schlechter behandeln als andere Mitmenschen derselben Alters- und Gefährdeten-Gruppe. Ich jedenfalls glaube an die soziale (wenn auch nicht die finanzielle) Gerechtigkeit in unserem Land. Dennoch gebe ich mich keinen Illusionen hin, wenn wir hier und ab jetzt weiter über Entschädigungen und sonstige finanzielle Verbesserungen für Haft- und Verfolgungszeiten reden. Es ist ein Glück, dass wir im letzten Jahr gerade noch mit Vergünstigungen wie der Erhöhung der Opferrente um 30 Euro und Herabsetzung des Haftzeitlimits berücksichtigt wurden. Jetzt, wo die Pandemie eingetreten ist und einem Großteil der Bevölkerung und fast allen Unternehmen und Institutionen durch unvorstellbar hohe finanzielle Summen geholfen werden muss, wird man den Kopf schütteln, wenn wir mit neuen Anliegen auftreten bzw. die alten wieder vorbringen. Man wird gewiss kein Verständnis zeigen, wenn wir den Kampf um unsere Ansprüche fortsetzen. Vielleicht wird man sogar sagen, das wäre undankbar. Und doch sollten wir uns nicht einschüchtern lassen und zumindest dafür sorgen, dass die Politik einen festen Termin für die nächste Erhöhung der Opferrente festlegt. Unsere Verdienste um dieses Land können nicht ausgelöscht werden. Auch nicht durch die Corona-Pandemie.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe: Die VOS leidet wie alle Menschen in diesem Land unter Corona. Und doch sind wir durch Diktatur und Haft stark und geduldig geworden.

Titelseite
Eine Absage bzw. Verschiebung, die wir alle ehrlich bedauern
Generalversammlung und Jubiläumsfeier finden (vorerst) nicht statt

***Redaktionsthema*:**
Die Corona-Pandemie wird unsere Chancen auf weitere Verbesserungen nicht erhöhen
Ein (gewagter) Ausblick 2

Ein neuer Landesvorsitzender in Thüringen
Ausstieg von Mathias Katze 4

Flächendeckend in NRW auf Tour
Zeitzeugen-Projekt immer erfolgreicher 4

Leistungskurs nahm sich umfassend des Themas Aufarbeitung an
Ausstellung „Die Mauer“ in NRW 4

Der energische Auftritt der UOKG wäre der letzte rettende Weg?

Bitte unterstützt diese Resolution
Ein Brief an den UOKG-Vorstand 5

Corona: So still und leer das Land
Impressionen eines VOSlers 5

Wider das Vergessen und Verdrängen
Aufstand und Aufschrei vor 70 Jahren in Bautzen 5

Die VOS fordert den Dachverband auf, gegen das Rentenunrecht mitzuwirken 6 – 7

Umstritten und doch irgendwie zur Zeit nicht wegzudenken
Frau Merkel ist alles andere als die Ideallösung. Aber keine(r) wiegt sie auf 7

S T E L L U N G N A H M E
Lieber keine Verbesserungen als in kleinen Schritten?
AfD-Bundestags-Fraktion wehrt sich gegen die Vorwürfe, mit ihrem Abstimmungsverhalten den SED-Opfern geschadet zu haben 8

Mysteriöser Tod auf der Transitautobahn
Vor 37 Jahren kam der Transitreisende Rudolf Burkert bei einem Verhör durch die Stasi ums Leben 9

Persönliche Kontakte unerwünscht, normales Vereinsleben nicht möglich
Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft der DDR hatte viele Besonderheiten 10

Bis zuletzt agil und mit großen Zielen befasst
Peter Heubach überraschend mit nur 56 Jahren verstorben. Ein Nachruf 11

Wer nach einem erlebten Krieg eine Waffe anfasst, dem soll die Hand abfaulen
Thüringens VOS-Vorsitzender schildert seine Flucht- und Hafterlebnisse 12 – 13

Mit dem Namen ginge ein Teil der demokratischen Ausrichtung verloren
Wollen Die Grünen das „Bündnis 90“ aus ihrem Namen streichen 13

Linkes Gedankengut:
Ein Prozent sind 800.000 Menschen
Die Kommunismus-Konferenz liefert erneut erschreckende Schlagzeilen 14 – 15

Wie konnte man eine derart fehlerhafte Fernsehproduktion zulassen?
Ein Schreiben an die Verantwortlichen des Deutschen Fernsehens 15

Auf einmal ist sie wieder gefragt
Kanzlerin Angela Merkel und die CDU legen bei Umfragen spürbar zu 16

Der Schicksalsbogen:
Vom „Tal der Ahnungslosen“ in die westliche Vielfalt der Ideologien
Siegmar Faust zieht die Bilanz, die zugleich ein Stück Zeitgeschichte ist 17 – 18

Es wird Zeit für bessere Zeiten
Keine Gedenkstättenbesuche mehr 18

Sinnloses Massensterben bei Kriegsende
Zahlen und Fakten über die Torpedierung 19

Meinungen, Kommentare 8, 9, 13
Stellungnahme, Dienstliches 4, 8
Termine, Briefe, 4, 7
Nachrufe, Verstorbene 11, 19
Impressum / Informationen 20

Danke den Spendern. Unser Motto: Wir helfen uns und anderen.

Jörg Vieweg, Ingrid Schmidt, Dr. Ingrid Schmidt, Gisela Härtel, Heinz Bemme, Steffen Hebestreit, Brigitte Voelkel, Jürgen Wendler, Klaus Muder, Christa und Bernd Pieper, Hans-Joachim Markgraf, Annemarie Krause, Annemarie Verena Della Bella, Emil Redlich, Horst Radigk, Helmut Hohmut, Siegfried Freitag, Rudolf Sehm, Erika Noack, Heinz-Günter Lohoff, Günter Hoffmann, Joachim Nitsch, Ingrid und Michael Faber, Irma Sann, Johann Leeb, Gerd Franke, Thomas Hainich, Friedhelm Stage, Maria und Reinhard Walther, Wolfgang Lehmann, Gunter Schramm, Günter Rößger, Rolf Unger, Hartmut Chyba, Gottfried Hoyer, Peter Winkler, Josef Sigl, Kurt Dietz, Horst Radtke, Ingrid Wohlfahrt, Rudolf Lenkisch, Erika Northoff, Friderun und Egon Seel, Horst Wagner, Erhard Göhl, Hans-Joachim Sorge, Ferdinand Gesell, Hubert Werner, Karl-Günter Wehling, Helga Hundertmark, Jürgen Fuhrmann, Gerd Ahnert, Frank Dickmann, Gerd Lindner, Günter Jäger, Heinz Essig, Herbert Thomas, Peter Hellmund, Günther Nollau, Christel Haustein, Fritz Schaarschmidt, Ursula Krauße, Werner Stiehl, Karl-Heinz Ulrich, Renate Storch.

Zu dieser Ausgabe:
Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben auch die Aktivitäten der VOS verändert oder eingeschränkt. Dies wirkt sich zum Teil auf die Themenwahl für die Freiheitsglocke aus. Trotzdem können weiterhin Beiträge, Anfragen und freundliche Worte an den Redakteur oder die Bundesgeschäftsstelle gerichtet werden.

Neuer Vorsitzender in VOS Thüringen

Mathias Katze tritt krankheitsbedingt als Landesvorsitzender in Thüringen zurück

Der bisherige Vorsitzende in Thüringen, Kamerad Mathias Katze ist wegen einer schweren Erkrankung, die bereits im Vorjahr eintrat, zurückgetreten. Der Bundesvorstand dankt Kamerad Katze im Namen des Verbandes für seine geleistete Arbeit und wünscht ihm bei der Überwindung seiner Erkrankung Ruhe und Erfolg. Kommissarisch wurde bis zu einer Neuwahl, Kamerad Jürgen Fuhrmann, der schon länger in der VOS aktiv ist, als Landesvorsitzender berufen eingesetzt. Über seine Haft- und Verfolgungsgeschichte von Kamerad Jürgen Fuhrmann kann man in dieser Fg-Ausgabe einen äußerst spannenden und aufschlussriechen Beitrag nachlesen.

Hugo Diederich/ Fg

**** **** ****

Wahlen der VOS-Bezirks- und Landesgruppen verschoben

Wie auf Seite 1 berichtet, können aufgrund der gesundheitsgefährdeten Situation im Moment keine Wahlen stattfinden. Es ist auch nicht absehbar, wann diese erfolgen können.

Der Bundesvorstand der VOS hatte daher beschlossen, den Termin auf den 15.05.2020 zu verlängern.

Was sich jedoch im Moment abzeichnet ist, dass sich auch dieser Termin nicht einhalten lässt.

Da vor dem Herbst 2020 keine Generalversammlung stattfinden kann, legen wir nun den Termin zur Abgabe der Wahlprotokolle auf den **31. August 2020** fest. Das gleiche gilt für die Einreichung von satzungs- und nichtsatzungsändernden Anträgen.

Es wurde von verschiedenen Bezirksgruppen der Vorschlag nach Durchführung der Generalversammlung in Friedrichrode vorgeschlagen. Ich könnte mich dem anschließen. Es könnte die letzte große Veranstaltung sein.

Bundesgeschäftsstelle HD

Aktive VOS

Eine Erfolgsstory mit hoher Qualität

VOS-Zeitzeugen-Projekt ist an vielen NRW-Schulen gefragt

Auf immer mehr Zuspruch und Nachfrage können die Teilnehmer des Zeitzeugen-Projekts der VOS in Nordrhein-Westfalen verweisen. Fast flächendeckend wurden im bevölkerungsreichsten Bundesland von Gymnasien und Gesamtschulen ehemalige Häftlinge angefordert, die unter der Moderation der wissenschaftlichen Fachkräfte der Ruhr-Uni Bochum authentisch und anschaulich über ihre Haftzeit und die Repressalien der SED-Diktatur berichteten. Dabei sind es gerade die jungen Lehrer*innen, die mit großem Interesse ihre Anfragen senden und die Schulklassen bzw. Leistungskurse gründlich vorbereiten. Immer wieder werden dann auch Facharbeiten oder Projekte begonnen, für die die Gruppen oder einzelnen Schüler Hinweise oder Berichte der Betroffenen erbitten. So ging es in einem Fall um die Unterschiede von Begriffen und Worten zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Dabei nannte der angefragte Zeitzeugen Ausdrücke wie uhrst, abkindern, Broiler oder „mach den Kopp zu“. In der Tat musste dann erklärt werden, was es hiermit auf sich hatte. In einer weiteren Zeitzeugen-Stunde stellte eine Schülerin die Frage, ob es in der DDR bereits die „Schwulenehe“ gab. Etliche Fragen und Projekttitel sind in den Newslettern der Projektgruppe festgehalten.

Leider wurde durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus‘ und den damit verbundenen Schulschließungen die Projektarbeit unterbunden. Das ist bedauerlich, denn nach Wiederaufnahme des Lernbetriebes wird sicher nicht sofort mit neuen Nachfragen zu rechnen sein.

Valerie Bosse

Das zieht die Alten und die Jungen an

Ausstellung „Die Mauer“ als zeitloses Anschauungsmaterial für das Wirken der Diktatur

Obwohl schon im November gezeigt, hat die aus Fotos und Textmaterial bestehende Ausstellung „Die Mauer“ in der westfälischen Stadt Emsdetten nachwirkenden Eindruck hinterlassen. So sind verschiedene Berichte mit Fotos in den Druck-Medien sowie den Netzwerken (Facebook, Twitter) zu finden. Auch im NRW-Journal des Landesbeauftragten für Spätaussiedler und Vertriebene, Heiko Hendriks wird noch über die Ausstellung berichtet. Herr Hendriks kam planmäßig mit seiner Mitarbeiterin Frau Rodriges zur Eröffnung und zeigte sich sehr engagiert. In seiner Eröffnungsrede ging er ausführlich auf die Menschenrechtsverletzungen im SED-Staat ein und wies auf die Bedeutung des Erinnerns hin.

Ebenso gab Emsdettens Bürgermeister Georg Moenikes in seiner Würdigung der Ausstellung ein Bekenntnis zu Demokratie und Freiheit ab. Für ihn, Herrn Hendriks sowie die anwesenden Besucher*innen ist die wiedergewonnene deutsche Einheit ein geschichtlich wichtiges Ereignis, über dessen Eintreten man jedoch das lange herrschende Unrecht in den Staaten des Ostblocks nicht vergessen darf.

Zur Ausstellungseröffnung fanden sich auch mehrere Schulklassen / Leistungskurse ein. Sehr ausführlich und auf mehrere Projektgruppen verteilt befasste sich ein Geschichtsleistungskurs des Gymnasiums Martinum der Stadt Emsdetten mit der Geschichte der Teilung Deutschlands. Hierzu wurde der Freiheitsglocke-Redakteur Alexander Richter in mehreren Sitzungen zu seiner persönlichen Biografie wie auch zu den Verhältnissen in der DDR befragt.

Die Jugendlichen verarbeiteten die Erfahrungen in einer Radiosendung, einem Interview, einem Theaterstück und einem Video, die teils bei der Eröffnung vorgeführt wurden. Trotz der sehr guten Resonanz ist wegen des Corona-Virus‘ auch der Weiterverwendung der Ausstellung ein Stopp auferlegt.

Hugo Diederich

VOS sendet Antrag an die UOKG-Versammlung

Rentenunrecht bleibt weiter im Fokus. NRW macht sich stark.

Die letzte UOKG-Mitgliederversammlung musste aus bekannten Gründen abgesagt werden. Daher sandte der Bundesgeschäftsführer eine Resolution der VOS per Anschreiben an die UOKG. Darin heißt es:

Lieber Dieter Dombrowski, lieber Benjamin Baumgart, anliegend sende ich Euch einen Ergänzungsantrag zur Tagesordnung für das kommende Treffen der Opferverbände der UOKG, welcher mit dem geschäftsführenden Bundesvorstand der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. abgestimmt ist. Uns ist klar, dass ein Termin für die kommende Sitzung noch nicht genannt werden kann.

Für die Zusammenarbeit bzw. Kommunikation der VOS e.V. mit der IEDF zeichnet unser Landesvorsitzender von Nordrhein- Westfalen, Felix Heinz Holtschke.

Erforderliche Erklärungen beim Treffen der Opferverbände zu diesem Antrag werden dann von unserem Teilnehmer erbracht.

Hugo Diederich

Anm.: *Die Resolution ist (einige Seiten weiter) in dieser Ausgabe abgedruckt. Sobald eine Stellungnahme/Abstimmung der UOKG-Mitgliederversammlung vorliegt, wird sie in der Freiheitsglocke veröffentlicht.*

**** **** ****

Terminausfälle sind bei uns unvermeidbar

Generalversammlung und regionale Veranstaltungen müssen leider ausfallen

Es ist sicher keine Überraschung, dass nicht nur die Generalversammlung und die Feier zum 70-jährigen Bestehen der VOS ausfallen müssen. Auch Bezirksgruppen-Treffen und Zeitzeugen- Veranstaltungen fallen dem Virus zum Opfer. Vorstand, Bundesgeschäftsführer und Redakteur bitten ohnehin alle Kameradinnen und Kameraden zuvorderst auf ihre Gesundheit zu achten. Wichtig ist, dass wir als Verband und alle Mitglieder überleben. Die Kontaktzeiten der Bundesgeschäftsstelle (siehe Rückseite) bleiben jedoch solange wie möglich bestehen.

Hugo Diederich

Es ist still, als wäre Coburg ausgestorben

Wie sich das Leben und das Land verändert haben

✉ Wir führen zurzeit ein höchst aufregendes Leben in Deutschland, wie wir es bisher nicht gekannt haben. Der Kontakt zur Öffentlichkeit ist auf die wöchentliche Einkaufsfahrt beschränkt, ansonsten sitzt man, da alles geschlossen ist, zu Hause.

Fernsehen und Hörfunk sind noch nicht abgeschaltet, auch das Internet funktioniert noch. Wir können also verfolgen, wie weltweit auf die Ausbreitung des Coronavirus reagiert wird. Für Soziologen und Verhaltensforscher ein unerschöpfliches Betätigungsfeld!

Wie alle Deutschen mussten wir Bahnfahrten und Flugreisen absagen. Ich als Rentner sitze zu Hause und gebe mich, aller Verpflichtungen ledig, mit Genuss dem Lesen von Romanen hin, die ich immer schon lesen wollte. Die Abende blühen richtig auf!

Den Fernsehapparat und das Radio schalte ich kaum noch ein, es gibt ohnehin nur ein Thema: die aus China eingeschleppte Lungenseuche! Muss ich mich dadurch verrückt machen lassen?

Wir haben uns eingedeckt mit Lebensmitteln, zumal auch mein tägliches Essen auf Rädern nicht mehr geliefert wird. Es ist unglaublich still draußen als wäre Coburg ausgestorben.

Dr. Jörg Bernhard Bilke
Coburg, 17. März 2020

Im Handumdrehen aus dem Netz entfernt

Es geschah am 28. März 2020

Siegmar Faust, nach wie kompetente Stimme der SED-Opfer und Aktuell-Blogger, der auch häufig Beiträge für die Freiheitsglocke (auch in dieser Ausgabe) zu Verfügung stellt, vermeldet über seine Internet-Aktionen bzw. die Hinweise auf spannende Links:

Hallo ihr Lieben, so schnell wie im Moment wurden noch nie zuvor Infos aus dem Netz entfernt! Das Vielmehrdeo von … verschwindet von allen YT-Kanälen, sobald es von jemandem hochgeladen wird!

S. Faust / Fg

Bautzen. Das Gelbe Elend. 31. März 1950. Niederschlagung des Aufstands

Wer das vergisst, der verdrängt auch das Unrecht der Diktatur

Im Innern des Gefängnisses vollzog sich der Aufmarsch der Volkspolizisten, die den deutlich hörbaren Befehl erhielten: "Schlagt vor allem die Jungen, schlagt sie gleich tot!", dieses Zitat von Heinz Schwollius, der 1946 zunächst zum Tode, danach durch Begnadigung auf zehn Jahre Arbeitslager herabgesetzt wurde, soll ein Stück Gedenken an den Aufstand der verzweifelten Häftlinge im Zuchthaus Bautzen bewahren. Die unmenschliche Behandlung trieb die Gefangenen zu diesem von vornherein als zum Scheitern verurteilten Akt.

In einem Gedicht zu diesem historischen Aufstand zieht der Autor Wilfried Flach aus Potsdam in seinem Gedichtbuch "Lyrischer Lebensbilderbogen" das kurze, aber bittere Fazit des schrecklichen Geschehens.

Bautzen 1950

Wer war an den faschistischen
Verbrechen schuld?
Der Nationalsozialismus!
Das deutsche Volk!

Wer an den kommunistischen?
Der Stalinismus!
Der Kalte Krieg!

Das deutsche Volk?
Der kalte Krieg?

Kein einziger Einzeltäter?

**** **** **** ****

Danke allen Angehörigen, Nachbarn und Freunden, den Pfleger*innen, Betreuer*innen, die sich in diesen keineswegs einfachen Zeiten um unsere älteren Kameradinnen und Kameraden kümmern, und sei es einfach durch ein nettes Gespräch oder eine freundliche Würdigung ihres inzwischen schon länger zurückliegenden, schweren Schicksals.

Hier ist die UOKG gefragt, sonst verläuft die Sache im Sand!

Beschwerde gegen Rentenunrecht für DDR-Altübersiedler immer noch unbeantwortet

Für die zum 21. März vorgesehene Tagung der Mitgliedsverbände der UOKG, die wie viele andere Veranstaltungen den Sicherbestimmungen der Corona-Krise zum Opfer fiel, hat der Bundesvorstand der VOS eine Resolution an den UOKG- Mitgliederversammlung wegen des Rentenunrechts gegen DDR-Altübersiedler eingereicht. Es geht um eine schnelle Entscheidung beim Petitionsausschuss des 19. Deutschen Bundestages zur "Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR" (PET 3-19-11-8222-006233 vom April 2018). Die VOS erwartet, dass sich die UOKG in dem Verfahren beteiligt und als Sprecher auftritt, damit die Betroffenen durch die Ministerien und Ausschüsse entsprechend ernstgenommen werden. Seitens unseres Verbandes hat sich Kamerad Felix Heinz Holtschke als Landesvorsitzender NRW für eine Klärung starkgemacht. Inhaltlich heißt es in der Resolution:

Was ist substantiell in der Petitionsangelegenheit geschehen? Kaum etwas. Im Auftrag der Bundestagsverwaltung wurde eine Stellungnahme beim für Renten zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) angefordert. Leider wurde mit ihr die nur die Auffassung der Bundesregierung bestätigt. Sie verlangt daher aus Sicht der Betroffenen dringend nach einer Korrektur.

Das Gegengutachten seitens Rechtsanwalts von Raumer, der zur Unterstützung im Rechtsstreit bestellt worden ist, hat die Einlassungen des BMAS Punkt für Punkt überzeugend widerlegt. Vom Petitionsausschuss, dem dieses Gegengutachten vorliegt, wurde daraufhin beim BMAS eine weitere Stellungnahme angefordert. Diese liegt z. Zt. nicht vor.

Inzwischen erfolgte Gespräche mit Vertretern des BMAS, des BMI sowie mit Abgeordneten der Koalitionsfraktionen lassen vermuten, dass man nicht gewillt ist, sich mit der Petition/ Beschwerde – also mit dem Thema "DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR" – zu befassen und es bei der von den Petenten beanstandeten Praxis zu belassen. Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage des Abgeordneten Birkwald und seiner Fraktion Die Linke hat dasselbe Ziel. Im krassen Gegensatz dazu haben Sozialgerichte erst kürzlich Rentennachzahlungen für Volkspolizisten und NVA- Angehörige bewilligt, also von wichtigen Systemträgern der Zweiten Deutschen Diktatur. Eine erneute Ohrfeige für die Wegbereiter der Deutschen Einheit.

Wo ist der Ausweg, was muss seitens der Opferverbände getan werden, um das zu keiner Zeit aufgekündigte Fremdrentenrecht für die Betroffenen wieder zur Geltung zu bringen? Der Petitionsausschuss muss unterstützt werden, damit er zu einer unvoreingenommenen Prüfung der Petition/ Beschwerde in die Lage versetzt werden kann.

Die VOS ist der Auffassung, dass in den Verfahrensgrundsätzen des Petitionsausschusses selbst der Schlüssel zur Bekräftigung unserer berechtigten Forderung zu finden ist. Die VOS ersucht daher den Dachverband der UOKG, gegenüber dem Petitionsausschuss unter der umfassenden Anwendung der gültigen Petitions- Verfahrensgrundsätze des Deutschen Bundestages (Stand Januar 2014) wie folgt zu intervenieren:

- Unsere Petition ist eine Beschwerde, die sich gegen ein Handeln oder Unterlassen von staatlichen Organen, Behörden oder sonstigen Einrichtungen wendet, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Verf.-Grundsätze Punkt 2, Abs. (3))
- Das Grundrecht nach Artikel 17 GG steht jeder natürlichen Person und jeder inländischen juristischen Person des Privatrechts zu (Verf.-Grundsätze Punkt 3, Abs. (1)).
- Der Petitionsausschuss behandelt Petitionen, die den Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung, von Bundesbehörden oder sonstigen Einrichtungen, die öffentliche Aufgaben des Bundes wahrnehmen, betreffen. Dies gilt unabhängig davon, inwieweit die Bundesbehörden und sonstigen Einrichtungen einer Aufsicht der Bundesregierung unterliegen. (Verf.-Grundsätze Punkt 5, Abs. (2)).
- Zu den behandelbaren Petitionen holt der Ausschussdienst in der Regel Stellungnahmen der Bundesregierung oder anderer zur Auskunft verpflichteter Stellen ein (Verf.-Grunds. 7.7).
- Der Ausschussdienst schlägt für jede nicht nach Nr. 7.9 und Nr. 7.10 erledigte Petition zwei verschiedenen Fraktionen angehörende Ausschussmitglieder als Berichterstatter vor. Dabei soll ein Berichterstatter einer Regierungsfraktion und ein Berichterstatter einer Oppositionsfraktion angehören. Jede andere Fraktion im Ausschuss kann einen eigenen Berichterstatter zusätzlich verlangen. (Verf.-Grundsätze Punkt 7.11).
- Der Ausschussdienst erarbeitet Vorschläge zur weiteren Sachaufklärung (Nr. 7.13.1), für vorläufige Regelungen (Nr. 7.13.2) oder zur abschließenden Erledigung (Nr. 7.14) und leitet sie den Berichterstattern zu (Verf.-Grundsätze Punkt 7.12).
- Zur weiteren Sachaufklärung kann insbesondere vorgeschlagen werden: Eine zusätzliche Stellungnahme einzuholen, einen Vertreter der Bundesregierung zur Sitzung zu laden, bei Beschwerden von den Befugnissen nach dem Befugnisgesetz Gebrauch zu machen, z.B. Akten anzufordern, den Petenten, Zeugen oder Sachverständige anzuhören (Verf.-Grundsätze Punkt 7.13.1).
- Die Vorschläge zur abschließenden Erledigung durch den Bundestag können insbesondere lauten: Die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, weil das Anliegen des Petenten begründet und Abhilfe notwendig ist (Verf.-Grundsätze Punkt 7.14/ 7.14.1).

Der Petitionsausschuss hat in den vergangenen 2 Jahren von den Instrumenten des Petitions- Verfahrensrechts bestenfalls gemäß Punkt 7.7 gehandelt, d. h. eine Stellungnahme vom BMAS eingeholt. Hierzu ist festzustellen, dass dieses Ministerium für Entscheidungen in dem hier bezeichneten Rentenunrecht zuständig und daher als befangen einzustufen ist.

Unter den aufgeführten Gegebenheiten ist es nunmehr geboten, den Petitionsausschuss dringend aufzufordern, endlich von den Möglichkeiten des Verfahrensrechts gemäß 7.11, 7.12 und insbesondere 7.13.1 Gebrauch zu machen, um diese Beschwerde einer gerechten und zeitnahen Lösung zuzuführen.

Hugo Diederich
Bundesgeschäftsführer

Felix Heinz Holtschke (Foto)
VOS-Landesvorsitzender NRW

Anm. d. Red.: Es liegt kein Ersatztermin für die genannte Sitzung der UOKG vor. Die Resolution wurde dennoch eingereicht.

Wie nehmen wir die Kanzlerin (noch) wahr?

Nach dem Einzug des Corona-Tiefs ist Frau Merkel auf die politische Bühne Deutschlands zurückgekehrt

In der letzten Fg-Ausgabe wurde die Frage gestellt, welche Rolle Frau Merkel in der deutschen Politik noch spielt oder ob sie sich weiterhin vorrangig um internationale Vorgänge kümmert. Hierzu erreichte uns nachstehender Kommentar, für den sich der Redakteur vielmals bedankt. Anzumerken ist, dass dieser Beitrag vor dem Einsetzen der Corona-Abwehr-Maßnahmen verfasst wurde, aber bereits nach den Ereignissen im Thüringer Landtag.

Eine Kanzlerin für Europa ?
Bei der Lektüre der Freiheitsglocke Januar/ Februar 2020 bin ich bei der Frage von Kamerad B. Thonn „Soll Angela Merkel nicht doch wieder Kanzlerin werden?“ nachdenklich geworden. Und das mit einem Gefühl zwischen Sarkasmus und vager Hoffnung für die Zukunft. Ist es sinnvoll bei der momentan alternativlos erscheinenden Parteienlandschaft sich darüber überhaupt Gedanken zu machen?

Die Antwort ist ein klares JA!

Ein Blick auf das ganze Spektrum bürgerlicher Parteien könnte weiter helfen. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist natürlich das Internet mit seinen vielfachen Recherchemöglichkeiten. Schwieriger wird es, in den meist gleichgeschalteten Medien nach Alternativen zur Meinungsbildung zu suchen.

Kann die Kanzlerin global noch eine wichtige Rolle spielen? Klar, wenn nur Brüssel gemeint ist und ein paar afrikanische Staaten. Bei den Letzteren hauptsächlich aus monetären Gründen, aber was ist mit den wichtigen globalen Playern? China, Russland, Großbritannien und die USA?

Kaum jemand wird da innige Freundschaften zur Kanzlerin erkennen. Selbst Emanuelle Macron verfolgt klare geopolitische Ziele, sichtbar an Merkel vorbei. So z. B. als einzige Atommacht in der EU, die Führung an sich zu reißen.

Nehmen wir die Kanzlerin wahr wenn es ins Detail geht? Selbstverständlich, aber je nach politischem Standort des Betrachters. Schnell steht da das Geschehen und ihr Eingreifen um die Thüringen-Wahl vor aller Augen. Umjubelt vom vereinten linken Lager und abgelehnt von allen, für die Demokratie noch schützenswert ist – so konnten beide Seiten unsere Landesmutter wahrnehmen, und natürlich auch alle Medien dieser Welt.

Hat Deutschland ein Merkel-Problem oder hat Frau Merkel ein Deutschland- Problem?

Eines schließt das andere nicht aus, im Gegenteil.

Werfen wir einen Blick auf die von Merkel eingeleitete Energiewende oder die ganz ohne Mandat erfolgte Eurorettung oder auf die Flüchtlingspolitik; allein mit diesen drei Angelegenheiten hadern in Deutschland immer mehr Menschen. Vieles wird erst jetzt umfassend erkennbar und macht besorgt. Es ist nicht vergessen und findet seinen Niederschlag in den eklatanten Stimmeneinbußen der Union bei den letzten Landtagswahlen. In Brandenburg waren es 7,4, in Sachsen, 7,3 in Thüringen 11,8 und bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg 4,7 Prozent.

Diese Zahlen allein, um auf den zweiten Teil obiger Frage zurückzukommen, sollten genügend Deutschland- Probleme für Frau Merkel sein.

Das Zitat:
Um zu lernen, wer über dich herrscht, finde einfach heraus, wen du nicht kritisieren darfst. Voltaire

Ja, Kamerad Thonn hat wichtige Fragen gestellt, und ich habe versucht, sie kurz und wirklichkeitsnah zu beantworten. Fragen werden genau deswegen gestellt. Ich bin mir meiner Subjektivität und der Bandbreite möglicher weiterer Antworten gewiss.

Weitere Stellungnahmen wären sicher auch für einen größeren Kreis von Kameraden interessant.

Und nun?

Ich jedenfalls hoffe, Kamerad Thonn, dass niemand Frau Merkel *äquivalent* nachfolgt.

Michael Kühn, München

Frank Pasemann: Das Gesetzespaket berücksichtigt die Verdienste und Leistungen der Opfer nicht im ausreichenden Maße

Warum die AfD-Fraktion die verbesserten Maßnahmen der Bundesregierung ablehnt

In der vorausgegangenen Ausgabe der Fg berichteten wir über die Anhebung der Besonderen Zuwendung für ehemalige politische Häftlinge der SBZ/DDR ab November 2019 um 30 Euro sowie weitere Verbesserungen. In diesem Zusammenhang wurde auch das Abstimmungsergebnis vorgestellt, bei dem zum Ausdruck kam, dass die Fraktion der AfD nicht für das Gesetzespaket votiert hatte. Eine Begründung zu diesem (aus VOS-Sicht zunächst) negativem Verhalten wurde in der Freiheitsglocke nicht gegeben. Hierzu äußert sich nun in einer nachstehend veröffentlichten Erklärung Herr Frank Pasemann im Namen der AfD- Fraktion des Bundestags. Damit kommen wir der Anfrage jener VOS-Mitglieder nach, die das Verhalten der AfD nicht nachvollziehen konnten.

Freiheitsglocke Nr. 805/806 - Bericht zur Opferrente

Sehr geehrte Damen und Herren der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS)!

Ihr sachsen-anhaltisches Mitglied Herr Rink, der in meiner Nachbarschaft wohnt, gab mir die Ausgabe Nummer 805/806 der Freiheitsglocke zur Lektüre. Insbesondere, da ihm die darin geschilderte Positionierung der Alternative für Deutschland (AfD), der ich angehöre und die ich im Deutschen Bundestag vertrete, zur Gesetzesänderung bezüglich der Opferrente überraschte. Die Darstellung unseres Abstimmungsverhaltens ist zwar richtig, allerdings wird auf unsere Motivation, so abzustimmen nicht eingegangen, was ich dem Autor auch nicht zum Vorwurf machen möchte. Allerdings möchte ich sie hier kurz schildern, um etwaige Verstimmungen und Missverständnisse aus dem Weg zu räumen und/oder nicht aufkommen zu lassen.

Die AfD positioniert sich klar gegen das Unrechtsregime der Deutschen Demokratischen Republik und setzt sich selbstverständlich für die Opfer desselben ein.

In der 121. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24.Oktober 2019 wurde eine Anhebung der Opferrente beschlossen. Die AfD stimmte gegen diese. Allerdings nicht, weil wir grundsätzlich gegen eine Anhebung der Opferrente sind, sondern weil uns die zur Abstimmung gestandene Erhöhung und Neuregelung nicht weit genug ging. Für uns sprach in besagter Sitzung Herr Detlev Spangenberg.

Unter anderem machte er deutlich, dass eine finanzielle Entschädigung gekoppelt an das Nettoeinkommen nicht gerechtfertigt sei, sie solle allen Berechtigten ohne Unterscheidung zustehen. Ebenso forderte er in unserem Namen eine deutlich stärkere Berücksichtigung der Länge der Haftdauern und eine entsprechende Würdigung. Gleichzeitig forderten wir, in Absprache mit den Opferverbänden, einen bundesweiten Gedenktag für die Opfer der politischen Verfolgung während der SED-Diktatur einzuführen. Dieser Antrag wurde naturgemäß abgelehnt und den Opfern somit wieder einmal ein weiteres, kleines Häppchen zugeworfen, bis in fünf Jahren abermals neu verhandelt werden muss.

Hier wurde die Gelegenheit versäumt, eine dauerhafte und ernstgemeinte Würdigung der Opfer des SED-Unrechts zu etablieren. Die Altparteien bedienen sich ihrer gewohnten Hinhaltetaktik und hoffen, dass die Stimmen der Opfer in wenigen Jahren auf Grund der Alterung derselben weiter verstimmen werden. Dies sollten Sie sich nicht bieten lassen und wir als AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag als auch ich als Bundestagsabgeordneter stehen jederzeit bereit, mit Ihnen und Ihrem Verband gemeinsam parlamentarische Initiativen zu erarbeiten, um allen Opfern, denen während der SED-Diktatur Leid und Unrecht widerfahren ist, endlich die ihnen gebührende Würdigung zu gewährleisten. *Mit freundlichen Grüßen*

Frank Pasemann, MdB

Zur Person:

Frank Pasemann wurde 1960 in Magdeburg geboren, wo er heute noch lebt. Er machte in der DDR eine Berufsausbildung und studierte anschließend in Leipzig. Dem Deutschen Bundestag gehört er seit 2017 an. Info und Foto: Internet

Meinungen

Ich hatte mich ja auch über das Abstimmungsverhalten der AfD gewundert bzw. sogar geärgert. Die jetzige Erläuterung macht es (etwas!) nachvollziehbarer.

Martin Pescheck

**** **** ****

Wenn es darum geht, das Leid wiedergutzumachen, was andere in böswilliger Absicht verursacht haben, sollte man sich parteiübergreifend zusammensetzen und über Lösungsvorschläge beraten und eigene Machtinteressen zurückstellen. Dieser, mein Appell, der nicht neu ist, richtet sich an alle politischen Parteien, die es mit uns ehemaligen Häftlingen ernst meinen. *A. Richter*

**** **** ****

Jeder weiß, dass die biologische Uhr der SED-Opfer bald abgelaufen sein wird und die letzten Achtzigjährigen dann nicht mehr in der Lage sind, für weitere Almosen zu betteln. Es ist nicht vorstellbar, dass die Politiker das nicht bemerken. Es scheint, dass viele von ihnen, auch in der AfD, eher absichtlich wegschauen.

H. Diederich

Weitere Stimmen nächste Seite →

→ *eine weitere Stimme (zu Seite 8)*

Die Frage ist doch, was wäre geschehen, wenn in der GroKo keine Abstimmungsdisziplin eingehalten worden und damit keine Mehrheit für den Gesetzentwurf zustande gekommen wäre. Wir SED-Opfer haben seit Jahrzehnten gerade mit der SPD nicht unbedingt gute Erfahrungen gemacht, was sich bis in die 1950er Jahre zurückverfolgen lässt. Hätten sich bei der Abstimmung entgegen den erfolgten Absprachen dennoch Koalitionsmitglieder enthalten oder gegen den Gesetzesentwurf gestimmt, wäre keine Mehrheit zustande gekommen und die neuen Verbesserungen hätte es nicht gegeben. Was hätten wir dann bekommen? Nichts.

Wir als Opfer wissen zudem, dass bis auf die grundsätzliche Einführung der Besonderen Zuwendung die Vergünstigungen der Hilfsleistungen für ehemalige Häftlinge stets in kleinen Schritten erfolgt sind. Immer schon gab es bei entsprechenden Anträgen das Argument, was hier (meist von der CDU) vorgeschlagen und zur Abstimmung gestellt wird, ist zu wenig. Selbst Die Linke (damals noch PDS) unter Gregor Gysi schlug eine – im Vergleich zur heutigen Zahlung – schwindelnd hohe Monatszahlung für die SED-Opfer vor, und niemand kann beweisen, ob es ehrlich gemeint war oder eine Finte gewesen ist.

Es ist wahr, die 30 Euro Erhöhung je Monat sind auf den ersten Blick keine große Summe. Und doch sind sie für jemanden mit einer Rente von unter 1.000 Euro wichtig und wertvoll und tragen dazu bei, diese und jene kleine Verbesserung im Leben des Einzelnen zu erreichen. Zugleich sind sie ein Zeichen der Anerkennung erlittenen Leids und geleisteten Widerstands, was heutigen tags immer weniger berücksichtigt wird.

Ein wichtiger Schritt ist die Herabsetzung des Haftzeitlimits auf drei Monate bzw. 90 Tage. Mehrere hundert Betroffene sind bisher leer ausgegangen und profitieren dadurch. Mag sein, sie hatten in der Tat kürzere Haftzeiten, aber ihre Lebensläufe sind nicht minder gebrochen als die eines länger Inhaftierten.

Wir haben die Diskussion um eine Staffelung der Opferrente mit Anpassung an die Haftzeiten nicht erst seit ein paar Tagen. Gerade die Inhaftierten der Geburtenjahrgänge 1928 bis 1930 hatten für längere Haftzeiten höhere Opferrenten gefordert als für die kürzeren der späteren kommunistischen Ära. Diese Diskussion wurde aus gutem Grund nicht weitergeführt, denn man hat erkannt, dass die Folgen der Haft nicht primär von deren Länge abhängen. Viel wesentlicher wäre es stattdessen, die Haftentschädigungen zu erhöhen und zusätzlich die gesundheitsschädigende Zwangsarbeit zu entschädigen. Dazu müsste man freilich gegen Konzerne wie IKEA, die Bahn oder Daimler zu Felde ziehen. Fehlt dazu der Mut oder die Einsicht oder beides?

Die Opfer der SED sind grundsätzlich für jede Hilfe und Fürsprache dankbar, so sie denn zu konkreten, wenn auch kleinen Schritten führt. Schöne Worte und bessere Entwürfe sind uns mittlerweile in ausreichendem Maße zuteil geworden. Sie füllen ganze Ordner.

Und noch einmal: Ein Nein ist ein Nein, es ist kein schlechtes Kunstwerk, dem man im Nachhinein willkürlich einen hohen Wert herbeireden kann. Wer nein sagt, der soll auch dazu stehen und sich nicht herausreden. Es glaubt eh niemand. *B. Thonn*

Haben die Organe nachgeholfen?

Im April 1983 kam unter keineswegs geklärten Umständen ein Bundesbürger beim Verhör mit DDR-Grenzern ums Leben

Es ist jetzt 37 Jahre her, da fand auf der Transitstrecke zwischen Helmstedt und West-Berlin der aus Bremen stammende 45-jährige Rudolf Burkert den Tod. Ursächlich war nicht etwa ein Unfall oder dergleichen, sondern Burkert wurde, nachdem er sich mit einem DDR-Verwandten auf dem Rastplatz Börde getroffen hatte, von den Grenzern aus dem Wagen geholt und vom MfS mit dessen brutalen Methoden „befragt“.

Der "unrunde" Jahrestag

Im Klartext heißt das, ihm widerfuhr, was anderen Benutzern der Transitstrecken ebenfalls geschehen ist: ein strenges Verhör mit Anschuldigungen und Unterstellungen. Burkert war beobachtet worden und wie er sich auf dem Rastplatz mit dem Verwandten getroffen und diesem diverse West-Konsumgüter übergeben hatte. Dazu gehörten Rollgurte für das Auto, hochklassige Lautsprecherboxen und Süßigkeiten. Sicher, diese Handlungsweise war dumm und von Unvorsichtigkeit geleitet, wusste man doch, dass die Stasi alle Rastplätze und verschiedene Abschnitte der Transitstrecken genau überwachte, um zur Hauptsache gegen Fluchthelfer vorzugehen und zu verhindern, dass verbotene Waren, vor allem Presseerzeugnisse, übergeben wurden. Burkert war dennoch kein Einzelfall, denn immer wieder wurden durch die in Zivil gekleideten MfS-Leute derartige Verstöße aufgedeckt. Zudem wurde registriert, wer sich als DDR-Bürger mit Westdeutschen auch ohne Warenübergabe traf und nur miteinander redete. Burkert jedoch kam während des Verhörs zu Tode. Die genauen Ursachen blieben geheim.

Nachdem seitens der DDR-Organe zunächst eine einfache Mitteilung über den Todesfall an die West- Stellen gegeben wurde, stellte vor allem die BILD-Zeitung wichtige Fragen. Seitens der DDR hieß es nun, Burkert habe während des Verhörs durch die Organe einen Infarkt erlitten, was nicht an der Art der Fragenstellung und der Behandlung, sondern am schlechten Gesundheitszustand Burkerts gelegen habe. Dem stand entgegen, dass der Tote bei der späteren Obduktion in der Bundesrepublik Kopfwunden und einen "Bruch des Schildknorpelansatzes am Zungenbein" aufgewiesen habe. Die DDR-Behörden behaupteten, diese Verletzungen seien nach Eintritt des Todes nämlich durch den Sturz vom Stuhl und den Aufprall an einen Heizkörper entstanden. Und der Bruch am Zungenbein? Dies ist eine Verletzung, die durch Überstreckung des Kopfes entsteht. Die Frage, weshalb Burkert denn den Kopf überstreckt habe, blieb unbeantwortet.

Auch der gesamte Fall, kurzzeitig von Franz-Josef Strauß als Mord tituliert, geriet – nicht ohne Absicht – in Vergessenheit. Die Bundesregierung wollte sich mit Honecker gutstellen, und da hätten Transitkonflikte einfach nur geschadet. *Valerie Bosse*

Eine erzwungene Freundschaft für 6.000.000 DDR-Deutsche

Was es mit der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft (DSF) auf sich hatte

Ein Sprichwort sagt: „Schließe eine Freundschaft, wenn du sie nicht brauchst.“ Der Wahrheitsgehalt dieser Empfehlung ist zumindest dann strittig, wenn es sich um eine Freundschaft im großen Maßstab, beispielsweise um Völker oder Nationen, handelt. Zwischen Frankreich und Deutschland wurde am 22. Januar 1963 mit dem Elysee-Vertrag die Grundlage für eine perspektivische Freundschaft geschaffen. Das Bestreben beider Nationen war, nachdem es über Jahrhunderte Kriege und Hetze gegeben hatte, die nicht zuletzt in der Parole vom Erbfeind ihren folgenschweren Ausdruck fanden, ein ehrliches und friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Allmählich entwickelte sich dann zwischen beiden Staaten und Völkern tatsächlich eine Freundschaft, die auf vielen Ebenen ausgefüllt wurde, so dass sich inzwischen auch staatlich eine solide, wenn auch nicht immer gleichgerichtete Partnerschaft herausgebildet hat.

Wir kennen aber auch das andere Beispiel von Freundschaft. Dies finden wir in der Gesellschaft für die deutsch-sowjetische Freundschaft, die am 2. Juli 1949 in der damaligen Sowjetisch Besetzten Zone gegründet wurde und bis über den Mauerfall hinaus Bestand hatte. Es war ein Konstrukt, eine Organisation, die einem Ziel diente: Die Herrschaft der Sowjets unter den Deutschen als einen normalen Zustand zu etablieren und sie den Bürgerinnen und Bürgern unwiderruflich und auf immer aufzuzwingen.

Diese Gesellschaft, abgekürzt DSF, hatte zeit ihres Bestehens sechs Präsidenten, die – bis auf einen – sämtlich nicht auf dem Gebiet der im Entstehen befindlichen DDR geboren wurden. Der erste Präsident der DSF war der gebürtig aus Wuppertal stammende Historiker und mit mehreren hohen DDR-Orden (Nationalpreis, Karl-Marx-Orden, Stern der Völkerfreundschaft) ausgezeichnete Jürgen Kuczinsky, dessen Einschätzung zum Wirken Stalins mehrfach kritisch hinterfragt wurde. Ihm folgte der aus Bremen stammende Friedrich Ebert Jr. (bis 1967 Oberbürgermeister von Ost-Berlin), Sohn des sozialdemokratischen Reichpräsidenten Ebert. Die nächsten Präsidenten der DSF waren Georg Handke, geboren in Hanau und ebenfalls mit dem Vaterländischen Verdienstorden dekoriert, und Johannes Dieckmann, der im Kreis Achim (Niedersachsen) beheimatet war. Nach Dieckmann wurde 1971 in Ost-Berlin eine zentrale Straße benannt, die aber 1991 in Taubenstraße umbenannt wurde. Ab 1968 bekleidete das in Gleiwitz in Oberschlesien geborene NDPD-Mitglied Lothar Bolz, zuvor DDR-Minister für Auswärtiges, diesen Posten. Auch Bolz erhielt hohe staatliche Auszeichnungen. Auf ihn folgte einer der drei Erichs aus dem Politbüro der SED. Erich Mückenberger hatte bezüglich der Präsidentschaft das Alleinstellungsmerkmal, als Einziger auf dem Territorium der DDR geboren zu sein. Er war zudem der DSF-Präsident mit der längsten Amtsperiode (elf Jahre).

Aufgrund seiner politischen Mitverantwortlichkeit für das durch die SED begangene Unrecht stellte man Mückenberger nach dem Mauerfall im Zusammenhang mit den Mauerschützenprozessen vor Gericht. Er wurde jedoch 1996 aus Krankheitsgründen als verhandlungsunfähig eingestuft und aus dem Kreis der aktiven Täter aussortiert und nicht mehr belangt. Zwei Jahre nach dieser Entscheidung ereilte ihn der Tod.

Die DSF, die unter dem Dreibuchstaben-Kürzel jedem und jeder in der DDR bekannt war, war eine Massenorganisation mit zuletzt fast sechseinhalb Millionen Mitgliedern. Die Mitgliedschaft war nicht minder zwingend als die in der Einheitsgewerkschaft oder der FDJ. Wer in der DDR beruflich Karriere machen wollte, durfte sich der Aufforderung zum Beitritt nicht verschließen. Andererseits hatte diese Mitgliedschaft fast ausschließlich die Bedeutung eines politischen Bekenntnisses, denn an Aktivitäten wie Treffen mit Sowjet-Bürgern war in der DSF, in der DDR überhaupt, wenig zu verzeichnen. Dies lag daran, dass es kaum Gelegenheiten und Anlässe für Veranstaltungen und Aktivitäten gab, weil vor allem die Sowjets prinzipiell keine Kontakte auf zwischenmenschlicher Ebene pflegen mochten. Begegnungen von Gruppen oder gar Familien beider Nationen hätten das Bild von der großen Führungs- und Kulturnation kommunistischer Prägung schwer beschädigt, und die DDR- Menschen, die einen weitaus höheren Lebensstandard als die „Freunde“ hatten, blickten mit ihrer oft eindeutig westlichen Konsumtionsausrichtung vielmehr mit Herablassung auf die „Brüder“ und „Befreier aus dem Lande Lenins“, die als militärische Macht das gesamte Gebiet der DDR und die Grenze zur Bundesrepublik mit Kasernen und Panzern besetzt hatten.

> Das Zitat:
> Ein wahrer Freund ersticht dich von vorne. *Oscar Wilde*

Staatlicherseits wurde hingegen alles getan, um die brüderlich innige Freundschaft, die gleichermaßen erzwungen und erlogen war, zu feiern und zur Schau zu stellen. Die großen DSF-Gebäude in den Bezirksstädten, die DSF- Bibliotheken, die Medaillen, Orden, eine eigene Vierfarbillustrierte mit Namen „Sputnik“ sowie eine andere mit dem hohnschreienden Titel „Sowjetfrau“ und vieles andere an Scheinsymbolen waren Träger einer erheuchelten Scheinwelt und eines hässlichen Polit-Kults, dem man sich im gesellschaftlichen Leben der DDR kaum entziehen konnte, ohne dafür Nachteile und Bestrafungen hinnehmen zu müssen. Zu den Jahrestagen der Oktoberrevolution und am Tag der Befreiung gab es Kundgebungen, bei denen die Teilnahme für die Werktätigen Pflicht war. Und Namen wie Lenin, Stachanow oder Kortschagin gehörten zum Schulstoff und zum Polit-Repertoire.

Mit dem Mauerfall verschwand das aufdringliche Gespenst nicht vollends. Einige Unentwegte hielten weiter Kontakt zum vormals „Großen Bruder“. Was zeigt, dass sich ein einmal eingebranntes Weltbild nicht einfach auslöschen lässt – mag es auch noch so unwirklich sein. *B. Thonn*

Viele Aktivitäten, viele Pläne, viele Erwartungen, viele Gespräche

Zum Tode des plötzlich verstorbenen VOS-Aktivisten Peter Heubach aus Sonneberg. Ein Nachruf

Völlig unerwartet verstarb im März, also erst vor wenigen Wochen, unser Kamerad Peter Heubach, nachdem er kurz zuvor noch am Neujahrsempfang in Sonneberg teilgenommen und für seine Aktion zur Aberkennung der MfS-Diplome geworben hatte. Peter Heubach war jemand, der mit Schwung und einer zuweilen überschäumenden Beredsamkeit an der Aufarbeitung der Diktatur teilnahm. An unterschiedlichen Orten und mit verschiedenen Personen war er bereit, möglichst viele negative Seiten des SED- Regimes zu entlarven und das Gedenken an die Opfer zu würdigen. Immer wieder schoss er Fotos und schrieb seine Eindrücke und Erlebnisse von Veranstaltungen nieder, um sie der Freiheitsglocke zur Verfügung zu stellen, wo sie dann noch mal gründlich überarbeitet wurden. Dass er eigentlich schwer krank war, wurde nun erst offenkundig. Ob er es absichtlich für sich behalten hatte oder es in seiner Lebhaftigkeit selbst nicht realisierte, wissen wir nicht.

Peter Heubach wurde nur 56 Jahre, sein Lebenslauf gleicht einer Berg- und Talbahn, was man in seinem Porträt beim Koordinierenden Zeitzeugen-Büro nachverfolgen kann. Einen wirklichen Rückhalt fand er nach dem Mauerfall erst durch den späten Beitritt zur VOS, wo er sich an vielen Orten und mit vielen Themen immer wieder einsetzte.

Im Februar stellte er der Freiheitsglocke noch seinen Bericht über die jüngsten Erlebnisse in Sonneberg zur Verfügung, die wir nun posthum veröffentlichen.

Die VOS wird ihn ganz gewiss in Erinnerung behalten.

VOS-Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer, Redakteur

Anlässlich des Neujahrsempfangs der Stadt Sonneberg am 31. Januar 2020 besuchte der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn meine Heimatstadt Sonneberg. Erst durch die heimische Presse erfuhr ich von seinem Besuch, worauf ich Bürgermeister Dr. Heiko Voigt bat, am Neujahrsempfang der Stadt Sonneberg teilnehmen zu dürfen. Ich schilderte dem Bürgermeister mein Anliegen, teilte ihm mit, dass ich gemeinsam mit Roland Jahn und der VOS schon viele Jahre für die Aberkennung der akademischen Grade des MfS kämpfe. So bekam ich eine Einladung und nahm am Neujahrsempfang der Stadt Sonneberg teil.

"Die anderen laden Redner ein, die von Zukunftsvisionen reden. In Sonneberg lädt der Bürgermeister einen ein, der sich des Berufs wegen mit der Vergangenheit beschäftigt. Das ist klug und weitsichtig", bescheinigte Roland Jahn dem Stadtoberhaupt unter dem Applaus von 600 geladenen Gästen zum Beginn seiner Festrede. Aber es ging Jahn auch um die Gegenwart: „Was sind unsere Werte? Was ist uns wichtig? Was wollen wir nicht mehr haben?", fragte Jahn die Anwesenden.

In seiner weiteren Rede sprach Jahn von seinen ersten Besuchen in Sonneberg, die ihn besonders durch den Modelleisenbahnhersteller PIKO fasziniert und seine Kindheit in Jena verschönert und daran erinnerte hätte, wie er 1983 über den Grenzübergang Probstzella (Landkreis Saalfeld- Rudolstadt) aus der DDR hinausgeworfen wurde. „Jeder trägt die Verantwortung für sein Handeln, wie und an welcher Stelle er sich mit einem Unrechtssystem einlässt. Wir sind den nachfolgenden Generationen Aufklärung und Rechenschaft schuldig, wie und warum wer so gehandelt hat", meinte Jahn. Er vermisse bei vielen Menschen das Bekenntnis zur eigenen Biographie und zur Übernahme von Verantwortung und Entschuldigung, so Jahn.

Nach dem offiziellen Teil des Neujahrsempfangs begrüßte ich nun auch Roland Jahn persönlich, indem ich ihm meinen Dank mitteilte, dass ich ihn nicht nur in Berlin (ich hatte am 16. November 2017 einen Termin bei ihm in Berlin zum Thema der Abschlüsse des MfS in Potsdam), sondern ihn sogar in meiner Heimatstadt Sonneberg zu treffen.

Mit dem Bürgermeister von Sonneberg führten Roland Jahn und ich ein gemeinsames Gespräch zu meiner seit Langem betriebenen Forderung, die Abschlüsse des MfS, die an der Juristischen Hochschule Potsdam verteilt wurden und den Vermerk "Stasi-Diplom" führen, abzuerkennen. Da in meiner Stasi-Akte eine solche Diplomarbeit vorkommt, bat mich Roland Jahn, Auszüge daraus zu senden, um demnächst auf dieses Thema eingehen zu können.

Leider lässt der Einigungsvertrag eine grundsätzliche Aberkennung dieser Abschlüsse nicht zu.

Da in diesem Jahr mein Schicksal in Form eines Buches veröffentlicht wird, wird Roland Jahn zur Buchvorstellung in Sonneberg anwesend sein. In diesen Zusammenhang möchte ich mich öffentlich beim Bürgermeister der Stadt Sonneberg für diesen schönen und erlebnisreichen Neujahrsempfang und bei Roland für dessen Teilnahme bedanken. Mein Dank gilt ferner den Mitarbeitern der Lokalredaktion FREIES WORT in Sonneberg für deren Berichterstattung.

Peter Heubach +

„Ich sprang plötzlich zwischen all den Wachposten hindurch“

Nach einem gescheiterten Fluchtversuch lernte Kamerad Jürgen Fuhrmann das hässliche Gesicht der Stasi kennen: Drohungen, Einzelhaft und Prügel

Häftlings Schicksal

Ich wurde 1973 wegen versuchter Republikflucht in der damaligen CSSR festgenommen.

Ich wurde nach Annaberg- Buchholz überführt, wo man mich drei Tage verhörte. Die Verhöre die während der Nachtzeit durchgeführt wurden, verfolgten nur ein Ziel, und das war ein Geständnis mit psychologischer Zermürbungstaktik zu erzwingen.

Nachdem ich das Geständnis unterschrieben hatte, wurde ich nach Zwickau in die dortige Untersuchungshaftanstalt verbracht, wo ich mehrere Tage keine Nahrung mehr zu mir nahm und die Ausweisung in die Bundesrepublik verlangte, da die Schwester meiner Großmutter dort lebte und sie und ihr Mann keine eigenen Kinder hatten.

Im Haftkrankenhaus Leipzig wohin man mich überführte wurde ich durch Spezialbehandlung zur Nahrungsaufnahme animiert. Man verbrachte mich in die Untersuchungshaftanstalt, Leipzig-Kästner Straße. Dort konnte der LKW, der die Gefangenen transportierte nicht in die Haftanstalt einfahren, da die Schleuse nicht hoch genug war. Ich und mehrere Mitgefangene stiegen aus und mussten durch ein Spalier von Gefangenenwärtern in die Schleuse gehen. Ich sprang urplötzlich zwischen zwei Wärtern durch eine Lücke und rannte so schnell ich konnte.

Auf Grund meiner schlechten körperlichen Verfassung holten mich die Vollzugsbediensteten ein und führten mich zurück in die Haftanstalt. Dort sind mir Handschellen angelegt wurden, wobei die Hände rücklings fixiert wurden. In der Schleuse standen mehrere Vollzugsbeamte und ein Major.

Die Täter sind ohne je zur Rechenschaft gezogen wurden zu sein weiter unter uns.

Ich musste vor einen Stapel Decken Aufstellung nehmen der Major nickte mit den Kopf und ein Vollzugsbeamter schlug mir mit der blanken Faust ins Gesicht. Ich fiel rücklings über einen Stapel Decken, schlug mit dem Hinterkopf auf dem Betonfußboden auf und verlor kurzzeitig das Bewusstsein. Halb im Unterbewusstsein, bekam ich mit, wie mich zwei Vollzugsbeamte die Treppe hinauf schleiften und in eine Zelle verbrachten. Dort legte man mich auf eine Holzpritsche wobei ich die Handschellen vor den Körper fixiert bekam und damit schlafen musste. Ich verlor durch den Faustschlag ins Gesicht mehrere Schneidezähne, die ausbrachen, und kurz vor der Haftentlassung erhielt ich einen Zahnersatz auf Staatskosten. Ich verbrachte drei Jahre wegen mehrfach versuchter Republikflucht in den Gefängnissen DDR, u. a. im Zuchthaus Torgau.

In Leipzig war ich fast drei Monate in Einzelhaft, und man sagte mir damals zu, dass der Vorfall nicht in die Akten kommt, wenn ich darüber nicht rede.

In Untermaßfeld verhörte mich ein Hauptmann und fragte mich, warum ich so lange in Leipzig in der U-Haft in Gewahrsam war. Ich erzählte ihm von meinen Fluchtversuch und der erfolgte Misshandlung. Der Major hatte Wort gehalten, doch der Hauptmann nicht. Ich sagte vor dem Kreisgericht Suhl, wo ich zu drei Jahren verurteilt wurde, über die mir widerfahrene Misshandlung aus, doch das Gericht nahm es nicht zur Kenntnis.

Nach meiner Entlassung machte ich eine Anzeige gegen den Strafvollzugsbeamten. Ich erhielt als Antwort, der Bedienstete hätte an dem betreffenden Tag keinen Dienst gehabt, sein Name ist mir jedoch bekannt.

Nach der Wende erstattete ich noch einmal Anzeige, doch es passierte nichts. Mein Fazit: die Täter sind ohne je zur Rechenschaft gezogen worden zu sein weiter unter uns.

Wir hatten die Situation schon einmal in Deutschland, und nach der sogenannten Wende wurde ein ehemaliger Angehöriger der Grenztruppen Minister in Thüringen und anderer sogar Landrat. Im öffentlichen Dienst wurden ehemalige Genossen eingestellt, die wiederrum ihre guten Freunde aus DDR-Zeiten bevorzugten.

Nach wie vor haben einige Parteien ehemalige Steigbügelhalter des SED-Regimes in ihren Reihen.

Es gibt ein Gesetz, welches besagt, dass ehemalige politisch Verfolgte bei einer Bewerbung im öffentlichen Dienst anderen Bewerbern bei gleicher beruflicher Qualifikation vorzuziehen sind. Doch Gesetze können in Deutschland leider zum Vorteil der Personen ausgelegt werden, die eine gute Macht und eine sicher Lobby haben. Wer nicht konform und stattdessen unbequem ist und zudem die Wahrheit ausspricht, für den werden diese Gesetze durch gegnerische Anwälte so lange blockiert, bis der ursprüngliche Bezugspunkt verjährt ist.

Bedingt durch eine immer schnelllebiger werdende Zeit und unter Einschluss und Einfluss der Digitalisierung ist für unsereinen manches nicht mehr fassbar. Nach wie vor haben einige Parteien ehemalige Steigbügelhalter des SED-Regimes in ihren Reihen. Selbst in der Stasi-Unterlagenbehörde waren einstige Stasi-Mitarbeiter übernommen wurden, weil sie für die Aufarbeitung und Sichtung der Akten unentbehrlich gewesen sollen. Andererseits verweigerte man ehemaligen durch die SED politisch Inhaftierten die Mitarbeit in dieser Behörde mit der Begründung, wer die Daten seines IMs und der Offiziellen erfährt, wird versuchen, sich an ihnen rächen. Es heißt ja, wer der Auffassung ist, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, handelt nicht christlich und auch nicht menschlich.

→ nächste Seite oben

→ von Seite 12 unten

Hier wird bewusst Hass geschürt, denn wer so denkt ist kein Demokrat. Man muss auch vergeben können, aber man darf Menschen, die das SED-Unrecht aktiv und bewusst unterstützt und die Diktatur gestärkt haben, nicht bedenkenlos wieder in Machtpositionen verhelfen. Und genau dies tun Politiker heutzutage, indem sie sich für Bündnisse mit der Linken öffnen.

Mein persönlicher Appell an alle, die sich Demokraten nennen: „Setzt euch an einen Tisch, redet miteinander und rennt nicht schreiend auf der Straße herum, zerstört nicht fremdes Eigentum und vermummt euch nicht auch noch aus Feigheit!“

Ich habe wegen Republikflucht eingesessen, weil ich nicht zur Armee wollte. Mein Urgroßvater, den ich noch kennenlernen durfte, sagte immer, wer einen Krieg erlebt hat und dann wieder eine Waffe anfasst und auf Menschen schießt, dem soll die Hand abfaulen. Wenn ich heute die angeblich friedlichen Revolutionen auf der Welt sehe, bei welchen sich verfeindete Gruppen gegenseitig angreifen, hat das mit Frieden und Menschlichkeit nichts gemein. Denkt mal darüber nach, egal ob links oder rechts, respektiert die Kultur und Lebensweise anderer.

Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Politiker und die Parteien sollten sich auf ihre eigenen Baustellen besinnen und aufgrund ihrer Vergangenheit Neutralität statt moralischer Überlegenheit an den Tag legen.

Jürgen Fuhrmann
komm. Landesvorsitzender der Thüringer VOS e.V.

der gast kommentar

Woran sind wir mit euch?

Wird Bündnis 90/ Grüne den Namen kürzen?

Wenn eine Partei ihren Namen ablegen oder ihn verkürzen will, so stellt sich die Frage, ob sie sich von ihrer Vergangenheit trennen will oder ob sie sich neue Ziele setzt und ihre Glaubwürdigkeit behalten kann.

Von Bündnis 90 / Die Grünen hört man immer wieder, dass man die Absicht hat, einen Teil des Namens abzuschaffen bzw. zu streichen – oder wie soll man einen solchen Vorgang nennen? Aus der Geschichte des vorigen Jahrhunderts kennen wir hauptsächlich die Wandlung von KPD und Ost-SPD zur SED, was sehr klar bedeutete, dass eine Partei, nämlich die SPD, in der DDR ihre Existenz und ihre politische Identität verlor. Oder um es so zu sagen: Sie wurde geschluckt und verschwand, damit der Kommunismus ungehindert die Herrschaft übernehmen konnte.

Natürlich kann man die Gründung der SED nicht mit der Übernahme von Bündnis 90 durch Die Grünen vergleichen. Die Grünen haben sich, was ihre Daseinsform betrifft, oft genug als demokratischste Partei im Lande erwiesen. Vor allem waren sie in der Transparenz ihrer innerparteilichen Debatten und in der Konsequenz der ökologischen Ziele beispielhaft. Das Thema SED-Unrecht und DDR-Diktatur wurde freilich zusehends vernachlässigt und seit Jahren kaum beachtet. Die Opfer des Unrechtsstaates sehen das mit Sorge, zumal nicht erkennbar ist, ob diese Partei (bis jetzt noch Bündnis 90 / Die Grünen) nicht klarstellt, welche Position man zu einer von Linken und SPD angestrebten Regierungskoalition Grün-Rot-Rot auf Bundesebene bezieht. Auf Länderebene sehen wir derartige Allianzen inzwischen mit Skepsis. Sollte es auf Bundesebene dazu kommen, wäre es in der Tat die bessere Lösung, den Teil Bündnis 90 zu streichen.

Paul E. Thiesreuther

Zu dem nebenstehenden Foto, das auf frühere Veranstaltungen zur Erinnerung an die Herbstdemonstrationen des Jahres 1989 in Leipzig hinweist, ist Folgendes zu bemerken:

Leipzig ist gewiss ein zentraler Schauplatz der Demonstrationen und des Widerstands der Hunderttausenden gewesen. Aber in der Stadt erfuhren auch Menschen sehr viel individuelles Leid, das vielfach in der Untersuchungshaftanstalt des MfS seine tragische Heimstatt hatte. Auch und gerade daran sollten Politiker und Historiker erinnern, wenn sie ihren Rückblick auf die DDR werfen. Der Aufruf zu Demokratie und zur Besinnung auf freiheitliche Werte, den Kamerad Jürgen Fuhrmann an die Öffentlichkeit richtet, sollte daher nicht unbeachtet verhallen.

Der Beitrag von Jürgen Fuhrmann auf den Seiten 12 / 13 wurde bereits im Februar in der Südthüringer Zeitung gedruckt und wegen seiner Wichtigkeit in die Freiheitsglocke übernommen.

Nun wissen wir es: Feuer frei gegen das Establishment

Die Ankündigung der Linken, ein Prozent deutsche Bürger zu erschießen, ist in ganz Deutschland auf Entsetzen gestoßen

In Deutschland gibt es heute zwei kommunistische Parteien: Die 1946 gegründete SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), die nach dreimaliger Umbenennung heute „Die Linke“ heißt, und die 1968 mit Erlaubnis Gustav Heinemanns (1899-1976), des Justizministers der Großen Koalition, gegründete DKP (Deutsche Kommunistische Partei). Letztere galt als Ersatz für die seit 1956 verbotene KPD (Kommunistische Partei Deutschland) und ist heute mit 3.500 Mitgliedern kaum mehr als eine politische Sekte, die, ständiger Niederlagen gewärtig, an keiner Wahl mehr teilnimmt.

Die Partei „Die Linke“ dagegen, die rund 61.000 Mitglieder (bei absteigender Tendenz) hat, hat in den Jahren 1989/90 Zehntausende von SED-Kadern übernommen, die fast alle in den 30 Jahren seit dem Mauerfall weggestorben sind.

Der Versuch im Sommer 2007, durch Einverleibung der Gewerkschaftstruppe „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) die Westausdehnung der Partei zu erreichen, ist kläglich gescheitert. Über zehn Prozent kommt sie bei Bundestags- und Landtagswahlen kaum hinaus. Die beiden Vorsitzenden Bernd Riexinger (1955) und Katja Kipping (1978) kommen aus der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung bzw. aus Gregor Gysis PDS.

Beide Parteien aber tragen seit ihrer Gründung ein stalinistisches Erbe in sich, das sie heute geschickt zu verbergen suchen, um wählbar zu sein. Die 1919 gegründete KPD, ihre gemeinsame Herkunftspartei, wurde nach Lenins Tod 1924 stalinisiert und zur „Partei neuen Typus“ erklärt. Erst 32 Jahre später, im Februar 1956, wurden die schrecklichen Verbrechen des Massenmörders Stalins in Moskau aufgedeckt.

Heute kommt das stalinistische Erbe der Partei „Die Linke“, das zweifellos noch immer nicht an Gültigkeit verloren hat, nur selten zum Vorschein. Dies geschah beispielsweise am 29. Februar auf der Strategiekonferenz in Kassel. Dort hatte eine forsche Junggenossin aus Berlin allen Ernstes davon geschwafelt, dass nach der Revolution – wann immer das sein wird – ein Prozent der Bevölkerung, die Reichen nämlich, also die „Kapitalisten“, zu erschießen wären. Das sind immerhin 800.000 deutsche Staatsbürger*innen, die dann die Massengräber füllen sollen. Hilflos und naiv lächelnd wehrte Bernd Riexinger diese Forderung ab, die Reichen würden nicht erschossen, aber „nützlicher Arbeit“ zugeführt. Wie das aussehen könnte, weiß man von Walter Ulbricht, der einst geäußert hatte, wenn der Sozialismus Westdeutschland erreicht hätte, würden die Journalisten, die jahrelang gegen den SED-Staat „gehetzt“ hätten, in Arbeitslager gesteckt.

Das demokratische Mäntelchen, das sich „Die Linke“ bei Talk Shows gern über die Schultern wirft, ist ihr am 29. Februar 2020 jäh entrissen worden.

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Wo liegen die Gründe für dieses böse Gedankengut?

Nach der Strategie-Konferenz der Linken-Parteispitze fühlen sich nicht nur die „Superreichen“ in Deutschland bedroht

Wo immer der Kommunismus sein wahres Gesicht zeigt, verbreitet er Schrecken. Jetzt hat er es also wieder in aller Öffentlichkeit getan. War es auch im Vergleich zu 2012, als am Rande der damaligen Strategie-Konferenz die völlig harmlos am Straßenrand stehenden VOS-Mitglieder Dr. Frieder Weiße und Rainer Buchwald von mehreren Vermummten zusammengeschlagen wurden, diesmal „nur“ verbal, so sind wir doch besorgt und warten auf Reaktionen. Damals schaffte es das Thema linke Gewalt bis in die Talk Runde von Anne Will, doch durften die Betroffenen nur im Publikum sitzen und sich von dort aus nicht äußern. Jetzt nahmen wiederum breite Teile der Medien davon Notiz und schlugen Alarm. Das Internet und das Fernsehen machten auf den Eklat (siehe Beitrag von Dr. Jörg Bernhard Bilke in nebenstehender Spalte) aufmerksam. Neben der ausgelösten Bestürzung wird nun nach Antworten auf das, was sich rund um das Podium abspielte, gesucht.

Gefunden wurden die wirklichen Antworten freilich nur insofern, als sich eher neue Fragen stellen. Eine davon lautet: Was geht in den Köpfen der Verantwortlichen und der beteiligten Polit-Promis einer solchen Veranstaltung vor? Sie laden (junge) Leute ein, die im Revolutionseifer schwelgen und lassen sie für die gesamte Partei sprechen. Politiker*innen, die ansonsten in den Medien das große Wort namens Demokratie in den Mündern führen, thronen vor ihnen und schweigen angesichts offenbar werdender radikaler Gesinnungen. Immerhin saß mit Bodo Ramelow der alte und (nun wieder) neue Ministerpräsident des Bundeslandes Thüringen dort. Ramelow wie auch die Vorsitzenden der Linken haben kürzlich noch beklagt, dass im Thüringer Landtag die Wahl des FDP- Abgeordneten Kemmerich undemokratisch und hinterhältig abgekartet vor sich gegangen sei. Schön und gut, hat aber die geplante Erschießung eines Prozents der Deutschen etwas mit Demokratie zu tun oder steckt da nicht einfach hochkriminelles Potenzial dahinter, mit dem im Grunde weder Herr Ramelow noch Herr Riexinger realistisch umzugehen wissen? Dürfen Politiker einen demokratischen Anspruch verkünden und großsprecherisch nach bürgerlichen Koalitionen lechzen, wenn sie tatsächlich bis zum Hals im üblen Gedankensumpf des Radikalismus stecken oder diesen vertuschen?

Die besagte Konferenz hat offenbart, was einige konsequente Politiker*innen und besorgte Medien- Vertreter längst vermuten: Die Linke scheint durchsetzt vom Gedankengut der Gewalt. Wie lange wird die Parteiführung das noch kaschieren oder verharmlosen können? Oder sympathisiert sie selbst mit den angekündigten Massenerschießungen und der Errichtung erzieherischer Arbeitslager, wobei sie gut und gern auf sicherlich sorgsam verwahrten Pläne des SED-Politbüros aus dem Endstadium der DDR zurückgreifen könnte?

→ nächste Seite oben

→ von Seite 14 unten

Wie lange auch werden die anderen Parteien, denen die Wähler*innen weggelaufen sind, mit dem Gedanken der Koalition mit dieser Partei liebäugeln? Bekanntlich haben ja selbst Vertreter der CDU eine derartige Variante nicht ausgeschlossen.

Ganz nebenbei sollte man die revolutionären Kräfte hinsichtlich der Theorie von zwei Grundirrtümern befreien. Zum einen geht Marx nicht davon aus, dass primär das Streben nach persönlichem Reichtum des Kapitalisten als Wesen und Ursache des Kapitalismus und der Ausbeutung wirkt, sondern die Wiederverwendung des erwirtschaften Mehrwerts bzw. Profits. Nur indem der Kapitalist bzw. die Konzerne, Monopole usw. den akkumulierten Profit gezielt für seine Mehrung einsetzen, können sie den bis dahin erzielten Gewinn mehren oder überhaupt erhalten. Marx: „Die Akkumulation ist Eroberung der Welt des gesellschaftlichen Reichtums. Sie dehnt mit der Masse des exploitierten Menschenmaterials zugleich die direkte und indirekte Herrschaft des Kapitalisten aus.“ (Nachzulesen in *Das Kapital*, Bd. I, Kap. 7, Verwandlung von Mehrwert in Kapital). Laut Marx wird der Kapitalist (heutigen tags auch der Investor, der Konzern, der Managerclub, der Profifußball-Verein oder die Aktiengesellschaft) seinen / ihren Mehrwert primär unbedingt in die Akkumulation anstatt in die Revenue, also für seine privaten Interessen, investieren. Ansonsten verliert er/sie seine/ihre Machtposition auf dem Markt. Zudem erklärt Marx die Bestimmung des Kapitals allein darin, dass es sich vermehrt und immer wieder vermehrt. Die Frage ist also, wie es gelenkt und in wessen Interesse es nach der Erwirtschaftung erneut arbeitet. Der Reichtum, der zum Vergnügen oder Luxusleben des Einzelnen oder einer Gesellschafterebene abfällt und den Marx als Revenue bezeichnet, kann, will man ihn kappen, also kein gesamtgesellschaftliches Problem lösen.

Damit löst sich auch der zweite Irrtum der Kommunismus-Fanatiker auf: Den „Superreichen“, der im Privat-Jet von einem Luxus-Hotel zum nächsten reist, kann es sicherlich in glamourösen Spielfilmen oder Nachmittagsserien des Fernsehens geben, in der Wirklichkeit hat dieser Typus schon lange nichts mehr zu suchen, weil er unablässig bemüht sein muss, seinen „Superreichtum“ nicht zu verlieren, sondern diesen noch zu vermehren. Er liegt, wie es die Fibel des Grundschul-Kommunismus zu vermitteln trachtet, nicht mit dem Glas Sekt und einer schönen Frau am Strand, sondern er arbeitet in seinem durchaus luxuriösen Büro mehr als viele einfache Angestellte, Lehrer, Dozenten, Eisenbahner, Handwerker und vor allem Gewerkschaftsfunktionäre. Sollte man ihn wie einst üblich erschießen oder in den ungeschützten Uranbergbau stecken, würden der Wirtschaft kompetente Leitungskräfte fehlen, die sicherlich keine engagierten Kommunisten ersetzen könnten. Man sieht: Mit Sprüchen, Internierungen und Massenerschießungen kann man im Endeffekt keinen Sozialismus aufbauen. Wer sich auf Marx beruft, sollte nicht die viel zitierte Rosinen-Pickerei betreiben und sich bequeme Parolen heraussuchen, sondern ihn – so schwer das auch fallen mag – gründlicher lesen. *Tom Haltern*

„Ich musste meinem Ärger jetzt einfach Luft machen!“

Wegen seines Verdrusses über eine aktuelle Film- bzw. Fernsehproduktion schreibt Jürgen Krahn an die ARD

Da ihm der im März in der ARD ausgestrahlte Mehrteiler „Unsere wunderbaren Jahre“ zu viele Fehler und Irrtümer enthielt, setzte sich unser VOS-Mitglied Jürgen Krahn an die PC-Tastatur und teilte der Produktions- bzw. Herstellungsleitung mit, was man am Handlungsverlauf richtigstellen sollte.

Anzumerken ist allerdings, dass die Rollen dieser Produktion mit erstklassigen Schauspieler*innen (Katja Riemann, Anna Maria Mühe, Hans Joachim Wagner, Peter Sarbacher) besetzt sind und die Szenen auf gutem Niveau gedreht wurden. Was Jürgen Krahn in seiner Kritik gegenüber den Verantwortlichen zu bemängeln hat, lesen Sie nachstehend:

Wie kann man so viele historische Fehler in einem geschichtlichen Fernsehfilm zulassen, zumal man sogar einen Mitarbeiter mit Doktortitel zur historischen Bearbeitung hatte?

Hier von mir einige Hinweise :

1. Ein deutscher Kriegsgefangener kam in dem Film bereits 1948 aus russischer Gefangenschaft? Hier beleidigt man all jene Kriegsgefangenen, die bis zu zehn Jahren dort aushalten mussten. Hätte man den Betreffenden aus US-amerikanischer, französischer oder englischer Gefangenschaft kommen lassen, so hätte es durchaus an Glaubwürdigkeit gewonnen.
2. Erst ist die Währungsreform (1948) und danach findet sich ein Betrieb, der die Münzen herstellt. Da fragt sich doch jeder: Wie hat man seine 40 bis 60,- DM gewechselt, wenn man was gekauft hat?
3. Nach 1948 wurden von den Alliierten (in den westlichen Zonen) keine Maschinen mehr abgebaut. Dies trifft vielmehr auf den Ostsektor zu, wo die Sowjets herrschten.
4. Man sollte heute einmal mit dem Motorrad zur Prüfung von Altena nach Tübingen fahren und versuchen am Abend zurück zu sein. Und das bei den Straßenverhältnissen der Nachkriegszeit (bei einer Gesamtstrecke von mehr als 800 km) und sich dann noch Zeit für eine Liebespause gönnen.

Diese Anmerkungen und Korrekturen sollen fürs Erste reichen und bei künftigen, ähnlichen Filmproduktionen zu mehr Sorgfalt führen. Es wäre durchaus sinnvoll, für weitere historische Filme einen oder mehrere kompetente Berater hinzuziehen. *Jürgen Krahn*

Anmerkung d. Red.:
Kamerad Krahn hat seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die eigene Zeitzeugen-Tätigkeit als ehemaliger politischer Häftling in der DDR geschlossen. Er ist sowohl im NRW-Projekt der VOS gelistet wie man ihn auch im bundesweit gemeldeten Portal des Koordinierenden Zeitzeugenbüros findet.

Blickpunkt Bundestagswahl 2021: Rückkehr einer mächtigen Frau?

Angela Merkel stürzte über die Flüchtlingskrise, jetzt verschafft ihr die Corona-Krise Aufwind

Wer hätte das gedacht: Es gibt sie noch. Erst meldete sie sich von schlechter Tonqualität befördert aus Südafrika zu Wort, und das war wie der wütende Aufschrei aus dem Innern eines sinkenden Schiffes, jetzt jedoch steht sie als Kapitänin wieder fest auf der Kommandobrücke des großen Luxusfrachters mit Namen Deutschland, und die Mannschaft und die Passagiere schauen voller Ehrfurcht zu ihr empor. Das Corona-Tief hat bewirkt, was kaum jemand, wohl nicht mal sie selbst, geglaubt hat: eine zunehmende Mehrheit der Deutschen, der Europäer sowieso, will sie nun unbedingt wieder auf der Kommandobrücke sehen, damit aus der Titanic, das unser Land zu werden drohte, das Kreuzschiff Aida werden soll.

Blicken wir zurück. Fast fünf Jahre ist es her, da bescherte uns Frau Merkel durch einen Kanzlerinnen-Streich ein Millionen-Heer von Flüchtlingen. Die Entscheidung (vor allem deren Umsetzung) fiel innerhalb einer so kurzen Zeit, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung geradezu vor den Kopf gestoßen fühlte. Es entstanden Gegenmeinungen und Gegenbewegungen, die sich bis in die eigene Partei zogen und zu öffentlichen (eigentlich unwürdigen) Bloßstellungen der Kanzlerin führten. Man sprach von der Flüchtlingskrise, die zugleich zur Kanzlerinnenkrise wurde und bei den nachfolgenden Bundestagswahlen Regierungsbündnisse ins Kalkül brachten, die zu Zeiten Helmut Kohls oder Konrad Adenauers undenkbar gewesen wären.

Den Deutschen muss man zugutehalten, dass es nicht der Rassismus war, der viele in die oppositionelle Haltung trieb, vielmehr breitete sich die Angst vor einer Überfremdung aus, und der Widerwillen gegen die Entscheidung einer einzelnen Person, die hier resolut und diskussionslos gefällt worden war, passte nicht in unser Verständnis von Demokratie.

Frau Merkel wiederum hat keineswegs mit bösem oder (außergewöhnlichem) Egoismus gehandelt. Sie ist davon ausgegangen, dass die nach Deutschland geholten Flüchtlinge alsbald auf die anderen Länder in der EU verteilt werden und im eigenen Land nur ein zu vereinbarender Prozentsatz bleibt. Ein Irrtum, vielleicht eine Torheit, wie sich herausstellte. Insonderheit die östlichen EU-Länder verweigerten die Aufnahme.

Dass es mit Frau Merkel infolge – zumindest bezüglich der Wählergunst – abwärts ging, hatte nicht mal mit dem Verbleiben der vielen Flüchtlinge in Deutschland zu tun. Tatsächlich kam es schnell zu umfassenden Integrationsmaßnahmen und zu ersten Rückführungen, obgleich sich das Straßenbild in den Städten bis heute verändert hat. Die Attacken gegen die Kanzlerin ließen sie scheu und befangen aussehen, man sah sie kaum noch, letztlich gab sie den Parteivorsitz ab. Und dies, da es in Chemnitz und anderswo Vorfälle gab, bei denen kein Putin, kein Macron oder keine Theresa May kommentarlos zugeschaut hätten. Dann meldete sie sich plötzlich aus Südafrika, und ihre drastische Unmutsäußerung vervollständigte den Kniefall, den die „demokratische Mitte“ nach der im Grunde rechtlich einwandfreien Ministerpräsidentenwahl von Thomas Kemmerichs im Thüringer Landtag vor Bodo Ramelow und den Linken veranstaltete.

Nun ist mit dem Corona-Tief die nächste Krise über uns gekommen. Sie ist (im politischen Sinne) nicht von Menschen gemacht, aber die Angst ist alle mal größer als vor einem Klimawandel oder der Überfremdung durch den Islam. Es ist eine Krise, die uns nicht nur um Leben, Gesundheit und Wohlstand bangen lässt, sondern sie sieht Deutschland wiederum im Fokus der europäischen Forderungen. Hier, bei uns, ist wie stets, alles ordentlich organisiert, hier wird geholfen, und hier entwickelt sich zwischenmenschliche Solidarität. Und eines ist es vor allem, was andere Staaten aufhorchen lässt: Hier ist Geld. Man mag als Staatsbürger zu unseren bisherigen Regierungen stehen wie man will, aber der Deutsche ist, angefangen bei Wolfgang Schäuble bis hin zu Olaf Scholz, sparsam und umsichtig.

Die Frage ist, müssen wir in dieser misslichen Situation wiederum den Notstand der anderen Länder mittragen? Sicher, wir sind immer bereit, Not zu bekämpfen und unerträgliche Fälle zu lindern. Nur kann unsere Haushaltskasse nicht für Defizite aufkommen, die andere Länderhaushalte über Jahrzehnte hin erzeugt haben.

Es ist in der Tat so, dass Frau Merkel durch eben die neue Krise unheimlich an Zustimmung gewonnen hat. Das hat auch seine Berechtigung. Kaum jemand dürfte in diesen Zeiten die Interessen der Deutschen hartnäckiger und kompetenter vertreten als sie. Sie hat international das politische Gewicht, und sie hat vor allem mit den Ländern, die sie in der Flüchtlingskrise im Stich gelassen haben, Rechnungen offen. Merkel, auch wenn sie oft schweigt und selten lächelt, vergisst nicht. Und das passt in diese schwere Zeit sehr gut. *ARK*

Die Erkenntnisse und Erfahrungen waren unterschiedlich

Wann spürte ich das erste Mal, dass ich mich als Deutscher in einem Irrenhaus befand?

In einem mehrteiligen Beitrag für die Freiheitsglocke schildert Dissidenten-Urgestein Siegmar Faust seinen Weg von den Anfängen im schlammigen Sozialismus bis zum Übertritt in die überstrahlende Welt des Westens sowie zu seinem unermüdlichen Einsatz für Aufarbeitung und Aufklärung.

Der Beitrag muss aufgrund seines Umfanges auf mehrere Fg-Ausgaben verteilt werden.

Ich las einst während einer Zugfahrt im FOCUS: *„Merkelsteuer, das wird teuer." So trommelten die Sozialdemokraten im Wahlkampf 2005. Denn CDU-Chefin Merkel kündigte eine Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte an. Die SPD versprach: So etwas gibt es mit uns nicht.*

Dann gingen Union und SPD eine Koalition ein – und siehe da, die Mehrwertsteuer wurde um drei Prozentpunkte erhöht, sie stieg von 16 auf 19 Prozent.

Wenn das nicht irre ist, was dann? Wessen Interessen vertreten solche Politiker eigentlich? Als Kompromiss hätte ja 17 Prozent herauskommen dürfen, aber gleich drei Prozent nach oben?

Seitdem wurde ich etwas wachsamer, denn die Widersprüche von Politikern lernte ich schon während der Endzeit der DDR kennen. Denn als ehemaliger DDR- Bewohner, der seit 1976 im Westen lebte, war ich deshalb besonders sensibilisiert. Was da für dumme Sprüche gegen die sich anbahnende Wiedervereinigung unseres Vater- und Mutterlandes ausgesprochen wurden, hätten sich selbst Kabarettisten nicht ausdenken können. Wer von den aus dem Arbeiter-und-Bauern-Paradies Geflüchteten, Übergesiedelten oder wer gar von den freigekauften politischen Gefangenen sprach sich jemals dafür aus, dass ihre mitteldeutsche Heimat zum Ausland degenerieren sollte? Der Verfassungsschutz interessierte sich plötzlich für mich, weil ich im Oktober 1989 mit Hilfe der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) eine Veranstaltung in Frankfurt am Main organsiert hatte und unter der Überschrift „Deutschland, einig Vaterland?" plakatieren ließ.

Eine Gruppe von Journalisten der Zeitgeist-Zeitschrift DIE ZEIT reiste 1986 zehn Tage quer durch die DDR. Und was sahen dort die ach-so-kritischen Journalisten?

Es herrscht Bewegung statt Stagnation, die Zaghaftigkeit hat einer selbstbewussten Gelassenheit Platz gemacht, das Grau weicht überall freundlicheren Farben, die niederdrückende Trübsal ist verflogen […] Vor allem wirkt das Land bunter, seine Menschen sind fröhlicher geworden […] Drüben hat sich ein zweites deutsches Wunder vollzogen – ein gedämpftes, gebremstes Wunder, aber dennoch.

Ich selber durfte nach meinem Freikauf im September 1976 nie wieder in meine Heimat einreisen, nicht einmal zum Begräbnis meines Pflegevaters, der mich aufgezogen hatte. Doch ließ ich Mitteldeutschland nie aus den Augen, obwohl ich nicht einmal neben drei anderen Dissidenten nach dem Fall der Mauer im November 1989 in meine Heimat einreisen sollte, wenn es nach dem Willen das Stasi-Generalleutnants und Mielke-Nachfolgers Wolfgang Schwanitz gegangen wäre.

Neue Ausblicke, andere Wege

Ab Mitte der 1980er Jahre, also in der Gorbatschow-Ära, die besonders die SED-Führungsclique stark verunsicherte, ließ man relativ viele Antragsteller zu Verwandtenbesuchen in die Bundesrepublik reisen. Von ihnen erfuhr ich das Gegenteil dessen, was uns im Westen die ZEIT-, SPIEGEL-, STERN- und Journalisten oder Reporter von *Kennzeichen D* weismachen wollten.

Als Chefredakteur der Zweimonatszeitschrift „DDR heute", herausgegeben von der IGFM, konnte ich es kaum bewältigen, allein die vielen Herübergekommenen, Freigekauften oder besuchsweise Eingereisten zu befragen, zu interviewen und deren Erfahrungen, deren Wissen auszuwerten und mit in unsere Zeitschrift einzubringen. Keine Zeitschrift hat sich so intensiv und aktuell, und dies bei sparsamsten Mitteln, mit den tatsächlichen Verhältnissen in der DDR auseinandergesetzt. Kaum einen Artikel haben meine Mitarbeiter und ich heute zu bereuen oder zu korrigieren. Sogar privilegierte Wissenschaftler, die als Dienstreisende in den Westen reisen durften und viel riskierten, weil sie uns mit Berichten und Fotos versorgten, halfen unserer Redaktion, dass wir den Bezug zur ungeschminkten Wirklichkeit in dieser schöngefärbten SED-Diktatur nicht verlieren konnten. Außerdem besuchten wir das Notaufnahmelager in Gießen, um die Motive und Erfahrungen der Übergesiedelten zu erfahren. Sogar das SED-Zentralorgan Neues Deutschland und andere SED-Zeitungen ackerte ich mit Widerwillen durch, damit mir auch von dieser offiziellen Seite von der Selbstdarstellung des „ersten Friedensstaates auf deutschem Boden" nichts entgehen konnte.

In meinen 32 Jahren, die ich in der SBZ/DDR verbrachte, konnte ich im Dresdner „Tal der Ahnungslosen" nie das Westfernsehen konsumieren. Politisch entwickelte ich mich gegen meine Eltern, jedoch mit Hilfe einiger Lehrer erst einmal zum Jungmarxisten und wurde dadurch stellvertretender FDJ-Sekretär Kinder- und Jugendsportschule Dresden. Während des Studiums in Leipzig erweiterte sich mein Horizont sowohl durch die in den vielen Antiquariaten erworbenen Bücher und durch den Bestand der Deutschen Bücherei als auch durch die Begegnungen mit begabten jungen Künstlern wie Michael Flade, Dietrich Gnüchtel, Heide Härtl, Wolfgang Hilbig, Gert Neumann, Kristian Pech, Andreas Reimann oder Hermann Schein. Das bedeutete zugleich, sich zunehmend an der Engstirnigkeit des Systems des real existierenden Sozialismus zu stoßen. Und so flog ich zweimal vom Studium und landete zweimal wegen „staatsfeindlicher Hetze" im Gefängnis, erlebte in 33 Monaten etliche körperliche und psychische Misshandlungen.

→ nächste Seite

→ von voriger Seite

Der plötzlich so bunte Westen, die vollen Geschäfte, die vielen Blumen und Früchte auch im Winter, die neuen Düfte, die vielen Restaurants mit Küchen aus aller Welt, die unübersehbare Anzahl von Ausländern aus allen Kontinenten allein schon in West-Berlin, die unzähligen Vereine und Kulturveranstaltungen, die unüberschaubare Anzahl von Büchern und Zeitschriften, demzufolge auch die vielen Meinungen und Behauptungen versetzten mich nach meiner Übersiedlung in eine verwirrende, geradezu betörende Hochstimmung.

Natürlich wollte ich anfangs links und fortschrittlich sein

Es dauerte mindestens zwei, drei Jahre bis ich einen kleinen Überblick bekam, bis ich mich einordnen und einigermaßen normal werden konnte.

Natürlich wollte ich anfangs links und fortschrittlich sein, aber was summierte sich da alles unter dem Links-Etikett? Es gab Maoisten, Trotzkisten und wie die Listen und Kisten noch alle hießen. Es gab aber auch eine SEW, also der SED-Ableger im freien Teil Berlins, aber auch die jüngeren Genossen der SPD, die Jusos, dann die Judos, also die Jungdemokraten, die damals noch linksradikaler als die Jusos waren, die jedoch bald zu den Grünen überliefen, so dass sich eine neue FDP- Jugendorganisation gründete, der ich kurze Zeit angehörte: die Julis, also die Jungliberalen, die es heute noch gibt.

Die meisten westlichen Vertreter meiner Generation in den Intellektuellenkreisen, die ich kennen lernte, verstanden nicht, warum ich so reizbar gegen die DDR eingestellt war. Gunnar Hinck geht in seinem Buch „Wir waren wie Maschinen. Die bundesdeutsche Linke der 1970er Jahre“ von über 200.000 Menschen aus, die in den 1970er-Jahren in den Sog marxistisch-leninistischer, stalinistischer, trotzkistischer, spontaneistischer oder maoistischer Gruppierungen geraten waren. Nur die Maoisten waren so wie ich gegen Moskau oder Ost-Berlin eingestellt, das einte uns, doch ihre Verehrung Stalins stieß mich heftig ab.

Ich merkte bald mit Verwunderung, dass ich mitten in „Das Rote Jahrzehnt“ geraten war, das der ehemalige Maoist Gerd Koenen später in seinem Buch analysierte. Die Gegensätze, so spürte ich es bald selber, waren nicht nur leidenschaftlich, sondern in manchen Stadtteilen äußerst aggressiv. Die Rote Armee Fraktion (RAF) und deren terroristischen Nachfolger waren noch aktiv. Ich lernte Dieter Kunzelmann kennen, der meinen ersten Vortrag in der Volkshochschule Berlin-Steglitz besuchte und mich anschließend zur Solidarität mit seinen Genossen aufforderte, die schon im Gefängnis saßen und in das auch er schon den Einweisungsbeschluss vorzeigte. Die moralische Ikone Günter Grass lud mich sogar einmal zu seinem Geburtstag in sein Haus in Berlin-Friedenau ein, wo er mich im Kreis seiner Familie davon überzeugen wollte, der SPD nahe zu treten. Mich zogen hingegen ohne Fremdsteuerung bald Leute an wie der Gründer und Direktor des privaten Mauermuseums am Checkpoint Charlie, Rainer Hildebrandt, der von den Linken gehasst wurde, noch gesteigerter jedoch von den SED-Bonzen im Osten der geteilten Hauptstadt. Ich erfuhr erst von ihm selber, dass er Angehöriger des Haushofer-Kreises war. Seine damaligen Freunde und Vorbilder Albrecht Haushofer und Horst Heilmann, allesamt Widerständler gegen das Nazi-Regime, wurden hingerichtet. Hildebrandt selber kam als Student mit 17 Monaten Haft davon. Auch alte Sozialdemokraten mit Hafterfahrungen wie Hermann Kreutzer und Holm Schöne lernte ich schätzen, die sich noch auf den knallharten Antikommunisten Kurt Schumacher beriefen und mit der gegenwärtigen, also schon damals zu weit nach links gerückten SPD über Kreuz lagen und sie sogar verließen. Zugleich fand ich immer mehr Zugang zu Persönlichkeiten oder diese zu mir, die selbiges oder Ähnliches wie ich in den Zuchthäusern der achso humanen DDR durchgemacht und sich der Aufklärung verschrieben hatten. *S. Faust*

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer und Redakteur danken Siegmar Faust für diesen Beitrag.

Wird fortgesetzt

Das (vorläufige) Ende ist nun unvermeidbar

Zeitzeugen-Veranstaltungen, Führungen und Vorträge sind plötzlich passé

Im August 2019 hatte Kamerad Jürgen Krahn aus Leverkusen in NRW noch einmal „zugeschlagen“, als er eine Gruppe Jugendlicher durch die Gedenkstätten in Magdeburg (Foto) und Helmstedt begleitete und auch einen „Abstecher“ zur Wassersportanlage Cable Island initiierte. Hauptquartier war Hötensleben in Sachsen-Anhalt, wo in erprobter Weise die dortige Jugendherberge eine von jungen Leuten geschätzte Unterbringung anbietet.

Wegen des überraschend eingetretenen Corona-Tiefs ist dies nun leider Geschichte, und wir wissen nicht, wann und ob es möglichst bald ein Weiter geben wird.

Die Maßnahmen, die bundes- und europaweit gelten, werden voraussichtlich länger dauern, als wir das derzeit vermuten. Da die Schulen und alle Bildungseinrichtungen geschlossen sind, können keine Klassenfahrten mit Geschichtswerkstätten stattfinden. Viele bisher geleistete Bemühungen waren somit umsonst. Trotzdem halten wir uns bereit. Es kommen wieder bessere Zeiten. *Hugo Diederich*

Eiskaltes Grauen, eiskalter Tod, gnadenlose Kriegsführung

Vor 75 Jahren versenkten sowjetische Divisionen deutsche Flüchtlingsschiffe in der Ostsee

30. Januar und 10. Februar 1945. Unaufhaltsam rückt die Rote Armee Ende Januar 1945 nach Westen vor, Richtung Königsberg, Richtung Danzig. Ein Volk flüchtet, zu Fuß, mit Pferdewagen, bei rund 20 Grad minus. Die Elenden fliehen über das zugefrorene Haff, gejagt von den Flugzeugen der Sowjets, die mit ihren Bordkanonen die Trecks der Verzweifelten angreifen. Sie mähen sie nieder, die Frauen und die Kinder, die Greise und die Schwerverletzten, für die Piloten alles Faschisten, keine Menschen. Bald ist ganz Ostpreußen eingekesselt, Hunderttausende laufen, im Rücken die Rote Armee. Es bleibt für viele nur eine Hoffnung – und dorthin fliehen sie nun vor den Panzern: nach Gotenhafen, zu den Schiffen. Der Hafen ist einer der wichtigsten Stützpunkte der Kriegsmarine, so weit im Osten, dass alliierte Bomberflotten kaum bis dorthin kommen. Bald aber wird auch Gotenhafen ein Inferno sein, das wissen alle, und schon jetzt ist die Stadt die Hölle. Die letzten noch fahrenden Züge bringen Menschen, und auch über See kommen sie in kleinen Booten. Selbst auf den Decks stehen die Flüchtenden dicht an dicht, in der peitschenden Gischt und im schneidenden Wind.

Wenn die Boote anlegen und sich die Masse auflöst, fallen einige steif um, tot, erfroren, wie zu gläsernen Statuen erstarrt. Überall in den Häusern von Gotenhafen, den Schulen und Kneipen liegen Flüchtlinge, in den Fluren der Lazarette wälzen sich die Schwerverwundeten. Kinder betteln auf der Straße um Brot. Trotzdem ist es ein Hafen der Hoffnung, da die Wehrmacht die Stellung vor der Roten Flut hält und somit den Menschen die Flucht ermöglicht. Zudem liegen in der Bucht nicht nur große Kriegsschiffe wie die Schweren Kreuzer Admiral Hipper und Prinz Eugen. An den Piers festgemacht haben auch Schiffe, von denen jedes Tausende Fliehende aufnehmen könnte, die „Hansa“ etwa, die „Cap Arcona“ – und die Wilhelm Gustloff.

Am 21.Januar 1945 gibt Großadmiral Karl Dönitz den Befehl: Alle verfügbaren deutschen Schiffe sollen vor den Sowjets retten, was zu retten ist. Die Operation Hannibal wird die größte Evakuierung über See aller Zeiten – mehr als zwei Millionen Menschen gelangen so gen Westen.

In diesen Tagen im Jahr 2020 geht die Erinnerung vieler an das große Rettungswerk der deutschen Kriegsmarine in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges zurück. Unzählige Soldaten, Seeleute, Frauen, Kinder und Greise sind damals in der eiskalten Ostsee zu Tode gekommen. Als besonders dramatisch stechen die Versenkung der Wilhelm Gustloff mit fast 10.000 Menschen am 30. Januar 1945 um 21.16 Uhr und der Steuben mit fast 3.200 Menschen am 10. Februar 1945 aus dem Drama hervor. Die Seekriegsgeschichte kennt auf Seiten aller Beteiligten Beispiele rücksichtslosen Vorgehens gegen Wehrlose. Die Versenkung der beiden Flüchtlingsschiffe aber ist in ihrer Tragik und Brutalität und in ihrem Ausmaß herausragend. Noch heute erinnern Denkmäler ... an den „Helden der Sowjetunion“ Alexander Mariensko, der das Kommando über das sowjetische U-Boot S13 hatte und für die völkerrechtswidrige Tötung von über 13.000 deutschen Frauen, Kindern, Greisen und verwundeten Soldaten mitverantwortlich ist.

Kriegsverbrecher kommen jedoch oft nur auf Seiten des Besiegten vor Gericht. Wie soll man vergeben und vergessen, wenn immer nur die Verbrechen der Deutschen thematisiert werden und Täter wie Alexander Mariensko verschont bleiben? Dieser Mann verdient für die völkerrechtswidrige Torpedierung der Wilhelm Gustloff und damit für den Tod von 9.243 Menschen, davon mehr als 4.000 tote Kinder und Jugendliche nichts anderes als Verachtung.

Gemäß Genfer Konvention genießen Lazarettschiffe internationalen Schutz, sofern sie denn als solche gekennzeichnet sind, nachts hellerleuchtet fahren und das Internationale Rote Kreuz in Genf den Feindstaaten offiziell namhaft gemacht und anerkannt worden sind. Zu einer derartigen offiziellen Meldung war das Deutsche Reich, bei den größten Schiffskatastrophen aller Zeiten Wilhelm Gustloff, Steuben und der Goya, infolge der sich überstürzenden Ereignisse zum Kriegsende 1945 nicht gekommen, zum anderen hatte die Sowjetunion die Genfer Konvention gar nicht unterzeichnet.

Es starben auf der Steuben durch die Torpedierung des russischen U-Bootes S13 über 3.600 Deutsche.

Unser christliches Denken, unsere sittliche Verantwortung, unsere Rechtskultur lassen für Tod, Mord und Vergewaltigung keine Begründung zu, denn vor Gott und nicht nur vor ihm, sind alle Opfer gleich.

André Rohloff, Neubrandburg

Wir trauern um

Günther Kossatz	**Bezirksgruppe Cottbus**
Kurt Siehl	**Bezirksgruppe Berlin**
Peter Heubach	**Bezirksgruppe Suhl**
Gerhard Franz Wendler	**Bezirksgruppe Magdeburg**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Corona-Pandemie: Auch Opfergedenken betroffen

Bundesland Sachsen: Behörde des Landesbeauftragten auch während der Corona-Krise besetzt

Die Behörde des Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur arbeitet weiter und organisiert neue Möglichkeiten, mit der Corona-bedingten Ausnahmesituation umzugehen. Die Dienststelle ist täglich von 8.45 Uhr bis 16:30 Uhr besetzt, die meisten Mitarbeiter arbeiten allerdings vom Homeoffice aus.

Als Schwerpunkt stellten sich intensivere telefonische Beratungen heraus: zu den veränderten Reha-Gesetzen, dem Härtefallfonds und zu Rentenangelegenheiten oder Anspruchsberechtigungen für andere Leistungen.

„*Zahlreiche Fragen betreffen auch Veranstaltungen der Behörde, geplante Schulprojekte, Zeitzeugengespräche sowie die weitere Öffentlichkeitsarbeit, auch die Zusammenarbeit mit den Verbänden, Aufarbeitungsinitiativen und anderen Partnern*“, resümiert der Landesbeauftragte Lutz Rathenow. „*Auch wir als Behörde befinden uns in einem Zustand der reduzierten Arbeitsmöglichkeiten. Deshalb wollen wir solidarisch an die weitere Arbeitsfähigkeit der Verbände denken und kleinere Initiativen unterstützen. Das betrifft beispielsweise zugesagte Gelder und Vorarbeiten für Veranstaltungen, die nun nicht mehr stattfinden können*“, ergänzt Rathenow.

Auch die abgesagten Bildungsangebote für die Schulen führen zu kreativen Angeboten und alternativen Bildungsimpulsen. So gibt es von Seiten der Lehrer Interesse, ausgefallene Stunden mit Publikationen aus der Buchreihe des Landesbeauftragten zu ersetzen, um das Thema trotzdem behandeln zu können. Vielleicht sogar mit Aufgaben während der unterrichtslosen Zeit.

Für spezifischere Beratungsfragen zu den SED- Unrechtsbereinigungsgesetzen steht Maximilian Heidrich am 9. und 16. April telefonisch zur Verfügung (0351 493 3703). Bürgerberatung an allen anderen Tagen weiterhin per E-Mail unter maximilian.heidrich@slt.sachsen.de.

„*Vieles befindet sich derzeit auf dem Prüfstand, vielleicht entwickeln wir Impulse, die auch über die jetzige Krisensituation hinaus wirksam werden können*“, sagt Lutz Rathenow, der für Presseanfragen über die Dienstnummer (0172 9817234) erreichbar ist.

Kongress in Plauen bereits jetzt abgesagt

Der für den Mai in Plauen geplante 24. Bundeskongress der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur musste bereits jetzt wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden. Das Treffen sollte im 30. Jahr der Wiedervereinigung vor allem auf die Rolle Plauens in der Friedlichen Revolution verweisen und das heutige Miteinander der Städte Plauen und Hof als Musterbeispiel gelebter Einheit näher vorstellen. Es sollte durch die Mitwirkung des Ministerpräsidenten Sachsens M. Kretschmer und des Bundestagsvizes Dr. Hans-Peter Friedrich, eine besondere Aufwertung.

Auch Bundesstiftung sagt Veranstaltungen ab

Auch alle in der nächsten Zeit geplanten Veranstaltungen von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur müssen wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden. Dies betrifft auch die Ausstellung „Umbruch Ost“ und weitere vielversprechende Events.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF
Spenden sind steuerlich absetzbar

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de) , eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 811/ 812 erscheint Mai/ Juni 2020
Redaktionsschluss der FG 809/810 am 27. März 2020